

BLICKPUNKT

Das Medienmagazin für Baden-Württemberg



Untergang mit Lichtblicken

Journalismus braucht mehr als
nur Applaus und Klicks

**Rückblick
und Ausblick**

Die Corona-Soforthilfe
des Landes Baden-
Württemberg

Seite 22



“Mein
Schlüssel zu
mehr Erfolg.”



moving *Janna*'s way



IHR DJV-MITGLIEDERVORTEIL:

Profitieren Sie als DJV-Mitglied von besonders günstigen Mietkonditionen inklusive Premium-Versicherung.

Europcar
moving *your* way

Die neue Normalität

Ich kann mit dem Begriff „neue Normalität“ wenig bis nichts anfangen. In meinem Alltagsleben als Stadtbewohnerin steht er für notwendige Einschränkungen, die ich als Vernunftmensch und aus Respekt mittrage. In meinem beruflichen Leben steht die „neue Normalität“ für Honorareinbußen bei gleichzeitigem Mehraufwand, um die gewünschten Rechercheergebnisse zu erlangen.



Positiv betrachtet wurde der seit März andauernde mediale Ausnahmezustand trotz erschwelter Bedingungen wie Homeoffice oder Kurzarbeit gut bewältigt. Wir Journalist*innen produzierten Meldungen zur Pandemielage im Minutentakt, erklärten die wissenschaftlichen Erkenntnisse und beschrieben die Auswirkungen der Pandemie im Lokalen. Allein in der Woche vom 16. bis 23. März erschienen in den deutschen Medien mehr als 221.000 Beiträge zum Thema Corona. Die Deutsche Presseagentur versendete diesen März in ihrem Basisdienst 241 Eilmeldungen und damit fast doppelt so viele wie im März vergangener Jahre. Rund zwei Drittel davon drehten sich um die Corona-Krise.

Auch die Nachfrage nach Informationen bei den klassischen Medien erreichte neue Bestzahlen. Die ARD-Tagesschau um 20 Uhr hat normalerweise samt der Ausstrahlung in den Dritten Programmen rund zehn Millionen Zuschauer, im März waren es bis zu 17 Millionen. Und dazu gab es viel Lob. „Die Medien machen im Moment einen sehr guten Job“, sagte beispielsweise anerkennend der Tübinger Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen.

Natürlich gab es auch Kritiker, die Zeitungen und öffentlich-rechtlichem Rundfunk vorwarfen, unisono die Alternativlosigkeit der Regierungspolitik zu propagieren und sich mehr kritischen Abstand wünschten. Darüber sollte in der Tat diskutiert werden, weil dies seine Ursachen in einem bröckelnden gesellschaftlichen Konsens zu den Corona-Maßnahmen hat. In der Praxis ist das Einordnen oft nicht so einfach, zumal wenn man über Demonstrationen wie in Stuttgart berichten soll, auf denen sich eine krude Mischung aus Verschwörungsanhängern, Rechten und „Normalos“ – die Angst um ihre grundgesetzlich verbrieften Bürgerrechte haben – ohne jegliche Berührungspunkte treffen. Unser DJV-Vorstandsmitglied Markus Pfalzgraf beschreibt die Herausforderung in dieser Blickpunkt-Ausgabe deutlich.

Die negativen Auswirkungen der Corona-Krise beleuchtet unser Titelthema. Für viele Freie bedeutet die „neue Normalität“ Einnahmeeinbußen von durchschnittlich 70% bis 95%. Kurzarbeit war oder ist in den meisten Tageszeitungsredaktionen mit dem Verweis auf Werbeerluste von bis zu 80% die Regel. Da geht es auch bei mittelgroßen Verlagen um Millionensummen, die auch durch steigende Zahlen bei Online-Abos und rekordverdächtige Zugriffe auf Angebote im Netz nicht finanziell aufgefangen werden können.

Der DJV hat mit dem BDZV Anfang Juli einen sogenannten Corona-Tarifvertrag für Tageszeitungen abgeschlossen. Schon kurz danach zeigte sich, dass einige Verlage beispielsweise die darin festgelegten Kündigungsschutzregeln nicht anwenden wollen. Zusammen mit den Betriebsräten vor Ort wird der DJV gegen den weiteren redaktionellen Aderlass kämpfen.

Mit einem reduzierten Seitenumfang und Stelleneinsparungen in den Redaktionen wollen viele Verleger ihre Verluste kompensieren, die nicht erst durch Corona entstanden sind, sondern durch die jahrelange Verweigerung einer gemeinsamen Strategie auf das sich ändernde Nutzerverhalten. Ein Gesprächsangebot von mir im April an sieben Verlagsgeschäftsführer wurde nur von einem einzigen folgenlos beantwortet. Ist das auch die „neue Normalität“? Vor der sollten wir nicht kapitulieren!

Ihre

Dagmar Lange

Medien.Zukunft.Festival

Virtuelle Journalismus-Tagung zum Thema Vertrauen

Vertrauen die Deutschen in ihre Medien? Die Antwort hängt davon ab, wen man befragt. Bei der Journalisten-Tagung Medien-Zukunft-Festival kommen daher ganz unterschiedliche Akteure zu Wort: Journalist*innen, die jeden Tag aufs Neue ihre Vertrauenswürdigkeit unter Beweis stellen müssen. Und Wissenschaftler*innen, die dazu forschen. Diskutiert (und vielleicht auch getantzt) wird online – am **Samstag, 10. Oktober 2020**.

Zum dritten Mal treffen sich Journalisten und Journalistinnen zum Medien-Zukunft-Festival. In diesem Jahr erstmals virtuell und damit auch vereinbar mit jeglicher Corona-Verordnung. Raum zum Diskutieren, Inspirieren und Vernetzen gibt es dabei erst recht: Bei Vorträgen meinungsstarker Referentinnen und Referenten, die im Live-Video zu den Festival-Gästen sprechen. Und um

zwischendurch den Kopf frei zu bekommen für die zweite Vortragsrunde, wird in der Mittagspause gefeiert – bei einem digitalen Konzert von ok.danke.tschüss, eine Synthie-Pop Band der Popakademie Mannheim.

Organisiert wird das Medien-Zukunft-Festival unter Schirmherrschaft des DJV von einem neunköpfigen Team junger und junggebliebener Journalist*innen, ehrenamtlich und leidenschaftlich, neben Job, Familie und privaten Verpflichtungen. **Ihr Credo: Reden wir nicht länger über die Zukunft des Journalismus. Gestalten wir sie!**

Laufend aktualisierte Informationen unter:

medien-zukunft-festival.de



AUS- UND WEITERBILDUNG JOURNALISTEN-AKADEMIE

Aus-, Fort- und Weiterbildung für einen modernen Qualitätsjournalismus Für alle Mediengattungen. Für alle Kanäle. Für alle Berufsfelder.

Seit 1992 hilft die Journalisten-Akademie als gemeinnütziger Bildungsverein des DJV Baden-Württemberg jungen wie „gestandenen“ Journalist*innen ihre Kompetenzen zu festigen, zu erweitern und an die sich rasch ändernden Bedingungen des Marktes und des Berufsfeldes anzupassen. Unser Angebot an Seminaren und Workshops will damit auch ein Baustein sein, die jeweils eigene Position zu stärken und für künftige Anforderungen gewappnet zu sein. Gerne unterstützen und beraten wir bei der individuellen Auswahl und haben ein offenes Ohr für neue Themenanregungen. Denn es bleibt Fakt: Qualitativ hochwertiger Journalismus wird von gut qualifizierten Journalist*innen gemacht!

Aktuelle Info! Wir sind ab sofort wieder da!

Schauen Sie selbst, was die Journalisten-Akademie an Programm bietet.

www.djv-bawue.de/fortbildung

Journalisten-Akademie e.V. Bildungsverein des Deutschen Journalisten-Verbandes Baden-Württemberg e.V.

Herdweg 63 · 70174 Stuttgart · Leitung: Michael Tschugg · Tel. 0711-222 49 54-60 · Fax 0711-222 49 54-44

E-Mail: akademie@djv-bw.de · www.djv-bw.de

Wenn Sie weitere Informationen zu Seminaren und Inhalten wünschen, schicken Sie ein Mail an: **akademie@djv-bw.de**

Liebe Leserinnen, liebe Leser,
die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus werden zwar gelockert, doch unseren Berufsstand hält Sars-CoV-2 mit festem Griff – noch dazu mit nachhaltigen Folgen. Wir beleuchten in diesem Heft, wie das Virus auch in Baden-Württembergs Medienlandschaft als Beschleuniger der Zeitungskrise wirkt. In unserem Verband haben die ersten Kreisverbände wieder getagt und uns ihre Berichte

gesendet. Außerdem lesen Sie in diesem Heft Markus Pfalzgrafs Erfahrungen mit der AfD und anderen Extremen und wir stellen das Buch „System Polizei“ vor, darin beschäftigt sich Caroline Wenzel mit den Traumata von Polizist*innen.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre und:
Bleiben Sie gesund!
Ihre Blickpunkt-Redaktion

Inhalt

EDITORIAL

Die neue Normalität..... Seite 3

CORONA: VERLAGE UND SENDER

Arbeitssituation bei Verlagen und Sendern in Baden-Württemberg Seite 6
Corona-Tarifvertrag für Tageszeitungen..... Seite 8
Umstrukturierungen auch beim SWR Seite 9
Untergang mit Lichtblicken: Journalismus braucht mehr als nur Applaus und Klicks..... Seite 10

CORONA: GRENZÜBERGREIFEND

Deutsch-französische Beobachtungen in der Corona-Krise..... Seite 14

CORONA: FREIE JOURNALIST*INNEN

Arschtritt für uns Underdogs: Emmi Dunz in eigener Sache..... Seite 16
Katastrophale Situation für freie Journalist*innen Seite 20
Rückblick und Ausblick: Die Corona-Soforthilfe des Landes Baden-Württemberg..... Seite 22

DJV

Frau Macht Medien verschoben..... Seite 24

DJV-BADEN-WÜRTTEMBERG

Medien.Zukunft.Festival Seite 4
Erfahrungsaustausch zwischen Landesverbänden Seite 25
Mit Politikern im Dialog Seite 25
Kreisverband Hochrhein: Erster bi-nationaler Kreisvorstand gewählt Seite 26
Einladung zur Arbeitsgemeinschaft „Struktur“ Seite 26
Impressum / Wir gratulieren..... Seite 27
Kreisverband Esslingen-Göppingen: Dialog mit neuen Medientypen Seite 28
KV Mannheim/Heidelberg: Wissenschaft und Weichenstellung Seite 29

MEDIEN

Grundsätzlich und Gelassen: Umgang mit der AfD und anderen Extremen Seite 30
Mediennachrichten Seite 33
Presse-Versorgung mit Spitzenwerten Seite 34

FRISCH GELESEN

System Polizei: Der Kommissar und der Amoklauf von Winnenden..... Seite 35

Arbeits- Situation

bei Verlagen und Sendern in Baden-Württemberg

Von Susann Mathis

Das Interesse an Fallzahlen und Ausbreitung in der Nachbarschaft haben für die Regional- und Lokalzeitungen zu einem sprunghaft gestiegenen Interesse bei der Leserschaft geführt. Es gibt mehr zu tun denn je. Dennoch sind die konkreten Auswirkungen für den professionellen Journalismus auch in Baden-Württemberg verheerend. Die erste DJV-Landesvorsitzende Dagmar Lange konstatiert: „Die schon vor der Pandemie existierenden Strukturprobleme haben sich weiter verschärft, der Anzeigenabfall ist eklatant, das Aufkommen der Personalanzeigen ist wie ein Fieberthermometer.“

Mit dem Argument Corona wird darüber hinaus über weitere personelle Einsparungen nachgedacht. „Dies müssen wir jeweils genau beobachten“, warnt die Dagmar Lange, „insbesondere, bevor Kolleg*innen einem weiteren Gehaltsverzicht zustimmen und danach aufgrund der letzten Zahlungen auch noch weniger Arbeitslosengeld erhalten.“

Keinen Grund, aber Ursachen

Mittlerweile hat fast im ganzen Bundesgebiet ein großer Teil der Verlage, auch für ihre Redaktionen Kurzarbeit beantragt. Weniger Arbeit gibt es nicht in der Corona-Krise, in der immer mehr Leser*innen auf lokalen und regionalen Qualitätsjournalismus vertrauen. In vielen Fällen werden daher erfahrungsgemäß unvergütete Überstunden einkalkuliert. Denn auch wenn es keinen Grund gibt, die Arbeit zu reduzieren, gibt es doch mit den fehlenden Werbeeinnahmen Ursachen, warum die Verlage die Ausgaben reduzieren müssen.



Eine schnelle Übersicht über die Arbeitssituation bei den Zeitungen im Südwesten ergibt folgendes Bild:

- **Massive personelle Einschnitte drohen beim Mannheimer Morgen** und seiner 100% Tochter **Fränkische Nachrichten (FN)**. Die Kurzarbeit bleibt in Teilbereichen bis Jahresende bestehen, befristete Verträge laufen aus, Lokalausgaben wurden zusammengelegt, Seitenumfänge werden reduziert. Es besteht der Verdacht, dass das Sparprogramm auch nach der Krise nicht wieder zurückgefahren wird, sondern als Modell und als Basis für den Abbau von Stellen in den Redaktionen dienen wird. Während FN-Geschäftsführer Jochen Eichelmann fünf redaktionelle Stellen (20%) ohne betriebsbedingte Kündigungen kürzen will, ist der Sparzwang beim Mannheimer Morgen so groß, dass im Rahmen einer Neustrukturierung voraussichtlich zwölf Redakteurs-Vollzeitstellen entfallen müssen. Das wird nicht allein mit Altersteilzeit und Vorruhestand gelingen. Und natürlich sind auch die Freien betroffen, weil auch nach Corona die Honorartöpfe eingeschmolzen bleiben. Und wieder einmal steht beim Mannheimer Morgen auch die Tarifbindung in Frage.
- **SWMH**: Alle Redaktionen der Zeitungen der SWMH sind seit dem ersten April in Kurzarbeit in unterschiedlichen prozentualen Größen. Die Anzeigenerlöse seien im März um rund 30 % gesunken und auch der Print-Einzelverkauf sei "deutlich zurückgegangen". Bei Schwarzwälder Bote werden zum Juni die Quoten der Kurzarbeit schon wieder zurückgefahren aufgrund der Lockerungen (z.B. im Sport). Alle seien in gleichem Umfang in Kurzarbeit mit 85 %, was einen Netto-Verdienst von ca. 90% bedeuten sollte. Freie dürfen aber im bis-

herigen Rahmen eingesetzt werden, um die Stundenzahl der Festangestellten gering zu halten. Überstunden wurden in Stundenzetteln nicht akzeptiert. Es ist zu befürchten, dass dies beibehalten werden soll. Das Medienhaus gibt an, das Kurzarbeitergeld maximal auf 80 % aufzustocken und "Härtefallfonds" einzurichten. Das Geld dafür soll aus dem Management kommen: Chefredakteure und andere Führungskräfte wollten bis Juni auf bis zu 20% ihres Gehalts verzichten, um besonders Betroffenen auszuhelfen.

- Die Redaktion der **Heilbronner Stimme** war bei Redaktionsschluss noch nicht in Kurzarbeit, Anzeigen- und Grafikabteilung aber schon. Der Umfang der Zeitung wurde reduziert, Lokalausgaben wurden zusammengefasst. Die Redakteure müssen erst Überstunden und freie Tage abbauen und das führt zu einer hohen Belastung, da gleicher Output bei weniger Arbeitszeit verlangt wird. De facto werden Überstunden nicht aufgeschrieben, wurde dem Blickpunkt gesagt.
- Auch in der **Ludwigsburger Kreiszeitung** gibt es noch keine Kurzarbeit, aber auch hier wurde der Umfang reduziert und Ausgaben zusammengelegt. Da keine Freien mehr beauftragt werden, ist der Druck auf die Redakteure gestiegen, da diese deren Themen noch mitmachen müssen. Aus diesen Maßnahmen entsteht unmittelbar die Sorge um die Abonnenten und die Furcht vor weiteren Abo-Kündigungen, da manche Kreise derzeit nicht mehr von den Journalist*innen abgedeckt werden. Die DJV-Landesvorsitzende Dagmar Lange befürchtet, dass die Ludwigsburger Kreiszeitung von der SWMH oder einem anderen Großverlag geschluckt werden könnte.
- **Rhein-Neckar-Zeitung:** Anfang April wurden rund 100 Mitarbeiter in Kurzarbeit geschickt, nachdem der Betriebsrat mit der Drohung mit Kündigungen erpresst worden sei, der Betriebsvereinbarung für Kurzarbeit zuzustimmen. Aufgrund der Kurzarbeit wiederum konnten teilweise Einnahmen nicht mehr erzielt werden, da z.B. im Anzeigenbereich zu wenige Leute gearbeitet haben. Ab Juni ist wieder eine Anhebung auf 80% geplant und im Juli soll eventuell wieder 100% gearbeitet werden. Die Rhein-Neckar-Zeitung erlebte wie andere Zeitungen eine sehr positive Resonanz auf ihr Online-Angebot im März, die Zahl der Visits ist im April und Mai zwar auch wieder gesunken, aber weniger stark als bei anderen Zeitungen und sie konnte außerdem viele neue Online-Abos abschließen. Das ist zwar im Grundsatz eine positive Entwicklung, doch Dagmar Lange zitiert die Aussage des VSZV, wonach Online-Abos die Einbrüche bei den Anzeigen nicht kompensieren. Sie kritisiert: „Die Grundsatzfrage muss diskutiert werden, ob ein Geschäftsmodell, das nur auf Anzeigen basiert, noch zukunftsfähig ist.“ Man verkaufe damit Anzeigen und nicht den inhaltlichen Wert des Produkts.
- Das **Oberschwäbische Wochenblatt** hat aufgrund der Anzeigeneinbrüche Insolvenz angemeldet. 50 Mitarbeiter sind betroffen, davon 10 in der Redaktion, die ab Juni arbeitslos sind. Schon vor Corona bestanden aber erhebliche finanzielle Probleme, auch private Investoren konnten den Verlag nicht retten. Somit ist die Schwäbische Zeitung jetzt die einzige Tageszeitung in Oberschwaben. Für einen zweiten Player war auf dem Anzeigenmarkt wohl kein Platz, die Anzeigenkunden hätten dies in der Hand gehabt. „Coronaopfer WOCHENBLATT“ titelt das Blatt einen Artikel in eigener Sache auf seiner Webseite. Und beschreibt dann: Obwohl heftige Attacken des Marktbegleiters den Start sehr erschwerten, war das Wochenblatt dank des maximalen Engagements aller Mitarbeiter und der Treue der langjährigen Kunden auf einem guten Weg. Der Ausbruch der Corona-Pandemie und der damit einhergehende Shutdown weiter Bereiche der Wirtschaft, und damit der Anzeigenkunden des Wochenblatts unterbricht die Erfolgsstory jäh.“ Das WOCHENBLATT Team kämpft nun um die Fortführung des Unternehmens und hofft auf eine baldige Belebung der regionalen Wirtschaft, um dann wieder durchstarten zu können, online sind sie aktuell weiter für ihre Leser*innen da.
- Auch bei den **Badischen Neuesten Nachrichten** wurde Kurzarbeit eingeführt, die Lokalredaktionen arbeiten zu 75%, Sport zu 50%, mit Ablauf Monat Mai wurde die Kurzarbeit in der Redaktion beendet, in anderen Bereichen geht die Kurzarbeit weiter. Zur Hochzeit der Corona-Krise wurden Lokalausgaben zusammengelegt, diese Maßnahme wurde wieder zurückgenommen. Bei den BNN hofft man, dass der starke Anzeigenrückgang aufgrund der neuen digitalen Modelle keine allzu drastischen Auswirkungen hat.
- Bei der **Badischen Zeitung** sind die Verlagsmitarbeiter in Kurzarbeit, die Aufträge für Freie wurden um 90% reduziert, die Redaktion arbeitet noch voll. Somit ist die Kurzarbeit ein großes finanzielles wie auch inhaltliches Problem, besonders betroffen sind die Sport- und Kulturberichterstatte.

Corona-Tarifvertrag für Tageszeitungen



Der Deutsche Journalisten-Verband hat am 3. Juli mit Vertretern des Bundesverbandes Digitalpublisher und Zeitungsverleger (BDZV) eine Tarifvereinbarung für die Journalistinnen und Journalisten an Tageszeitungen geschlossen. Damit gelten trotz der durch die Corona-Pandemie verursachten Unwägbarkeiten klare Regelungen.

Die laufenden Gehalts- und Manteltarifverträge werden bis zum Ablauf des Jahres 2020 unverändert verlängert, die festen freien Journalistinnen und Journalisten sollen eine Ausgleichszahlung für entgangene Honorare erhalten.

Verlage können in nachgewiesenen Notlagen das Weihnachtsgeld kürzen, um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Solche Kündigungen sind dann je nach Umfang der Kürzung für sechs oder zwölf Monate verboten, Doppelbelastungen für zuvor von Kurzarbeit Betroffene soll es nicht geben.

„Die Sozialpartner der Zeitungsbranche setzen mit dieser Vereinbarung ein gemeinsames Zeichen für Stabilität, den Erhalt der Redaktionsarbeitsplätze und die Unterstützung der besonders stark getroffenen Freiberufler“, zeigt sich DJV-Verhandlungsführer Kajo Döhring zufrieden, betont aber auch, dass dem BDZV jedes Zugeständnis abgerungen werden musste. Dazu gehört, dass vor möglichen Kürzungen die Zustimmung der Gewerkschaften eingeholt werden soll.

„Wichtiger Teil der Vereinbarung ist auch, die weitere Entwicklung der Gehälter und Honorare und weitere offene Tariffragen noch in diesem Jahr zu diskutieren und Lösungen zu finden.“

Neben DJV und BDZV ist auch die dju in ver.di Partei dieses Tarifvertrags, nachdem sie zuvor den seit Juli 2018 geltenden Gehaltstarifvertrag nachgezeichnet hatte. Döhring: „Wir begrüßen, dass die dju in ver.di jetzt den Weg zurück in den Tarifvertrag gefunden hat.“

Im "Corona-Tarifvertrag" für Redakteur*innen an Tageszeitungen findet sich auch ein wenigstens kleines "Goodie" für feste Freie: Diese haben einen Ausgleichsanspruch von bis zu maximal einem durchschnittlichen Monatshonorar für coronabedingte Einkommenseinbußen.

Bei Fragen hierzu können sich Mitglieder gerne an unsere Geschäftsstelle wenden.

Den kompletten Text des Tarifvertrages finden Sie auf der Seite [djv.de](https://kurzlinks.de/7t5q) als PDF, ganz schnell unter:

<https://kurzlinks.de/7t5q>

oder hier:



Umstrukturierungen auch beim SWR

- Der SWR behilft sich mit Umstrukturierungen und Redaktionsverlagerungen sowie mit dem Anknabbern der Zeitkonten wegen der Corona-bedingter Minderbeschäftigung von Freien. Im Sender gibt es keine Kurzarbeit, doch die Senderleitung versucht, die Gewerkschaftsvertreter*innen zu Tarifverhandlungen zu drängen, wie man mit Minusstunden umgeht. Die Schwerpunkte in der Reaktion haben sich verlagert, in Bereichen wie Sport und Außenübertragung gibt es Unterzeiten, Überzeiten aber in anderen (vor allem den aktuellen) Redaktionen. Sportreporter helfen in anderen Bereichen der Aktualität aus. Viele Kolleg*innen arbeiten noch im Homeoffice, Sitzungen und Konferenzen werden virtuell abgehalten.

Beim SWR wurde der fiktionale Bereich eingestellt, die Arbeitsbedingungen haben sich aufgrund der neuen Schutzmaßnahmen sehr verschärft, weswegen z.B. die Tatort-Produktion fast ganz gestoppt werden musste. Doch langsam laufen die Produktionen wieder an.

Bei den freien Firmen, mit denen der SWR zusammenarbeitet, bestanden gerade anfangs große Ängste. Viele haben Soforthilfe beantragt, die Lage scheint sich aber etwas entspannt zu haben. Bei den Solo-Freien wurde da, wo es Verträge gab, Ausfallhonorare bezahlt, wo es keine gab, nichts. Teilweise gab es Konflikte bei mündlich geschlossenen Verträgen. Die festen Freien sind aufgrund der Tarifvereinbarung wie die Festangestellten abgesichert. **red.**

« Das Familienkonzept



Für Sie, Ihren Partner
und Ihre minderjährigen
Kinder!

Risiken absichern
Steuern sparen
Förderungen nutzen


Presse-Versorgung

0711 2056 244
info@presse-versorgung.de

Jetzt informieren
www.presse-versorgung.de/familie

Untergang mit Journalismus braucht mehr

Mit dem Virus kam das große Staunen: Die Zugriffszahlen auf die Online-Angebote der Zeitungen stiegen im März 2020 in vorher unvorstellbarem Maße. Die Angebote der Verlage waren in Zeiten der Pandemie zunächst so gefragt wie nie, die digitalen Zeitungsangebote erlebten unvorhersehbare Steigerungen. Vergleicht man die IVW-Zahlen der Visits von Februar und März, so sieht man quasi eine Verdopplung der Zahlen.

Doch in der Regel sind Sternstunden Ausnahmesituationen. Schon im April nahm der Bedarf an Infos zu Corona wieder drastisch ab. Die IVW-Zahlen zeigen, dass im April das Interesse an den News-Angeboten im Netz fast wieder auf das Februar-Niveau gesunken ist. Und auch im Mai sind die Zahlen weiter gesunken. Steffi Dobmeier, Leiterin Digitale Inhalte und Strategie bei Schwäbisch Media schreibt, sie seien in allen Bereichen in etwa bei den Zahlen vor Corona. In Baden-Württemberg ist es lediglich der Stuttgarter Zeitung / Stuttgarter Nachrichten Online gelungen, die Zahl der Inlands-Visits im Monat Mai wieder um 11% ansteigen zu lassen.

TV schaffte Normalität

Das gute alte lineare Fernsehen befriedigte das Bedürfnis nach Information und Unterhaltung, aber auch nach Normalität – denn wenn alle Termine und Stundenpläne gekippt sind, taucht wenigstens die Tagesschau pünktlich um 20 Uhr im Wohnzimmer auf. In einer Befragung von Ad Alliance zur Corona-Pandemie und ihren Einfluss auf den Alltag,

nannten im April fast drei Viertel der Teilnehmer*innen als Grund für die Fernsehnutzung: „Gewohnheiten beizubehalten und ein Stück Normalität zu bewahren.“

Mehr Abonnements

Als die Menschen sich im April auf ein Leben mit Kontaktbeschränkungen eingestellt hatten, schlossen sie auch zunehmend neue Abos bei Medienanbietern ab. Die größte Steigerung erlebten dabei die Video-Streaming-Dienste wie Amazon Prime, Netflix usw. Stabil war auch die Steigerung des Interesses an Zeitungsabos, vier Prozent der Befragten gaben sowohl im März wie auch im April an, ein neues Abo abgeschlossen zu haben.

Manfred Neufang, Leiter Digital- & IT-Strategie der Badischen Zeitung schreibt, dass die Nutzerzahlen auch bei ihnen seit dem Peak wieder gesunken sind, dennoch hätten sie digital schon jetzt das Jahresziel von 30.000 Digitalabos erreicht. Die intensivere Nutzung ihrer Digitalprodukte – auch im Free-Bereich – habe zu mehr „Visibilität“ geführt, zu mehr Reichweite und zu mehr nachhaltigen Conversions. „Das lag sicher auch daran, dass wir unseren sogenannten, regionalen Corona-Blog „frei“ zur Verfügung gestellt haben. Andere Verlage waren da unmittelbar „abschlussorientiert“ und hatten da eine harte Paywall vorgesehen. Haben wir bei bestimmten Artikeln natürlich auch gemacht, aber die kontinuierliche, regionale Wasserstandmeldung von Infektionsraten etc. hatten wir frei.“ Aber auch die Kündigungsquote im Print-Bereich sei

Lichtblicke

als nur Applaus und Klicks

deutlich zurückgegangen und liege derzeit bei ca. 2% gegenüber Vorjahr. Hier hatten die Verlage in den letzten Jahren immer Quoten zwischen 3 bis 4.5 %.

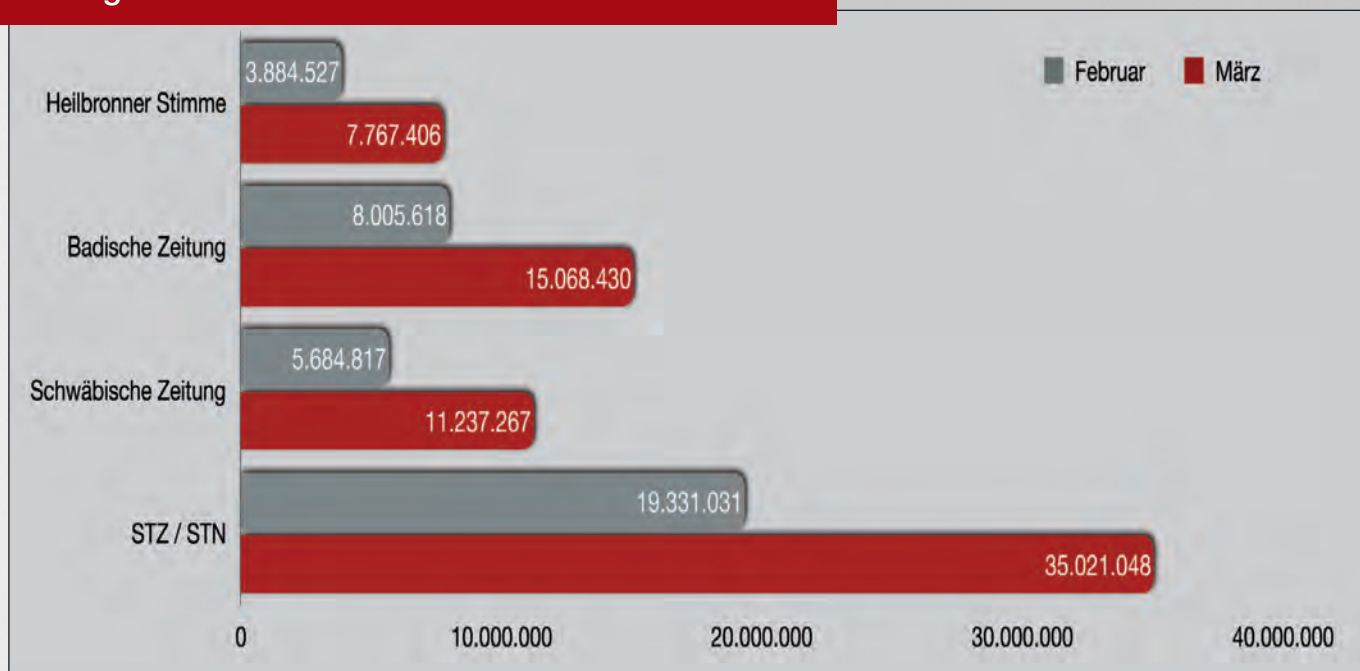
Hier könnte Ihre Werbung stehen

So oder so. Den Einbruch im Anzeigengeschäft der Verlage können Digitalabos nicht kompensieren. Die Werbeumsätze sind katastrophal. Schätzungen gehen davon aus, dass die Netto-Investitionen in die Werbung in Zeitungen und Zeitschriften im Jahr 2020 um 19 Prozent einbrechen – vorausgesetzt wir werden

nicht von einer zweiten Corona-Welle heimgesucht. Für die kurzfristige Betrachtung um den Zeitpunkt der Pandemie verzeichnen alle Medienhäuser in Deutschland drastische Einbußen bei ihren Werbeerlösen. Viele Anzeigen wurden storniert, Werbeprojekte wurden verschoben. Das Geschäftsmodell der Anzeigenblätter hat sich dabei vollständig überlebt.

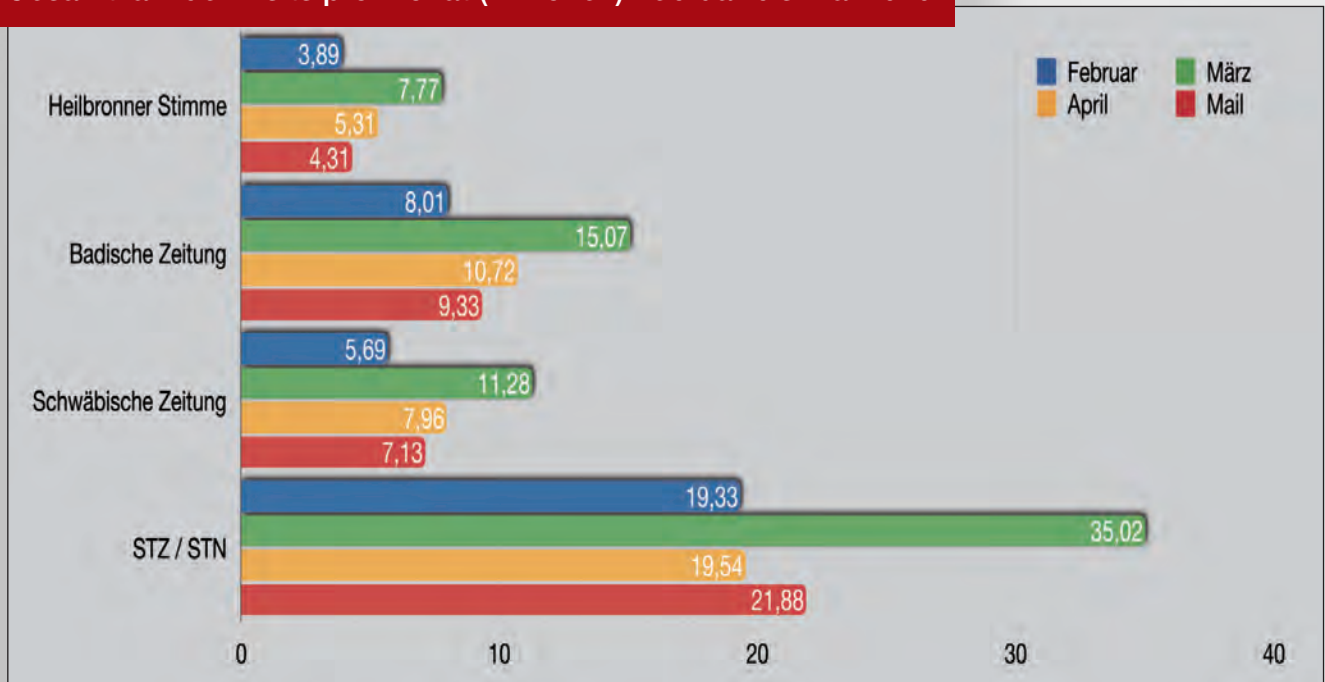
Die Rechnung ist einfach: Zeitungen finanzieren sich zu 60 Prozent aus Vertriebslöhnen und 40 Prozent aus Werbeeinnahmen. Wenn von diesen Werbeeinnahmen wiederum, wie berichtet wird, etwa 80 Prozent

Anstieg der Gesamtzahl der Visits Februar / März 2020



Quelle: IVW - Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V.

Gesamtzahl der Visits pro Monat (Millionen) Februar bis Mai 2020



Quelle: IVW - Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V.

wegfallen, dann bleibt bei den Einnahmen eine Lücke von gut einem Drittel. Zwar wurden in der Pandemie deutlich häufiger Digital- und E-Paper-Abos abgeschlossen, doch diese können die Lücke nicht schließen. Das ist existenzbedrohend. Die großen überregionalen Titel werden mit dieser Lücke im Vergleich besser klarkommen, doch die regionalen Medien arbeiten mit einem differenzierteren Werbemix von Inserenten vor Ort, die Einnahmen aus der Werbung der regionalen Anzeigenkunden sinken oder bleiben ganz aus und das wird die Vielfalt in der Breite gefährden.

Gleichzeitig sagt eine vom BDZV in Auftrag gegebene Studie voraus, dass die Zeitungszustellung ab 2025 nicht mehr wirtschaftlich sein wird. Das ist in gerade mal vier Jahren.

Anfang Juli wurde im zweiten Nachtragshaushalt der Bundesregierung auch eine Förderung der digitalen Transformation von Verlagen in Höhe von 220 Millionen Euro beschlossen. Davon sollen 20 Millionen Euro noch im laufenden Jahr fließen, die übrigen 200 Millionen als einmalige Summe oder auch über mehrere Jahre verteilt. Details sind bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt. Dabei handelt es sich nicht um die im Koalitionsvertrag vereinbarte Unterstützung der Zeitungszustellung.



Schnäppchenmentalität

Im Überschwang hatten Verlage sich zu Beginn der Krise verführen lassen, ihre digitalen Magazine (Gruner und Jahr) zu verschenken, "Spiegel" und "Frankfurter Rundschau" kamen als E-Paper gratis. Das Hamburger Verlagshaus hatte alle Publikationen kostenfrei ins Netz gestellt. Offiziell wollte man damit die Kampagne #WirBleibenZuhause unterstützen. Aber wahrscheinlich erhoffte man sich, mit dieser Maßnahme neue Leser*innen zu gewinnen – und für die Zeit nach der Krise zu binden. "Ich habe keinen einzigen Hersteller von Toilettenpapier erlebt, der gesagt hat: Die Nachfrage ist so groß, da verschenken wir das jetzt einfach.", kommentierte die Medienjournalistin Ulrike Simon treffend. Und sie ist nicht die einzige, die vor dem alten Fehler der Verlagsbranche warnt, im Netz die erarbeiteten Inhalte umsonst zur Verfügung zu stellen.

Mit der Umsonstkultur werde lediglich der Schnäppcheninstinkt der Nutzer geschärft, sagen andere und fragen nach dem Raisonement: Abos aus Dankbarkeit nach Beendigung der Corona-Krise? Das Beispiel der systemrelevanten Pflegekräfte in Krankenhäusern beweist wenig überraschend, dass Applaus, Anerkennung und Sonntagsreden keine belastbaren Konsequenzen zeigen: Vom Applaus können weder

Pflegekräfte noch der Journalismus ihre Existenz sichern. Der Branche muss in den kommenden Monaten gelingen, gute journalistische Inhalte noch entschlossener nur kostenpflichtig bereit zu stellen.

Zielkonflikt und Optimierungsproblem

Die gefährliche Kostenlos-Mentalität der Leser*innen digitaler Inhalte haben die Verlage selbst zu verantworten – durch das Überangebot kostenloser Inhalte. Inzwischen variieren sie an einem sensiblen Steuerpult die unterschiedlichen Parameter an der Monetarisierung ihrer Produkte. Da geht es nicht nur darum, die technischen Grundlagen zu schaffen, man braucht auch Spezialist*innen, die den Leser*innen

zuhören und die Daten begreifen; Die Zeitung muss beständig die Themen, die Performance und die Angebote justieren. Markus Hofmann, Leiter Digitale Inhalte bei der Badische Zeitung, sagt: „Eine erfolgreiche Paid-Content-Strategie basiert auf Reichweite. Der Rohstoff für Reichweitenwachstum sind frei verfügbare Inhalte. Treiber von Digitalabonnements hingegen sind kostenpflichtige Inhalte. Hier ist ein Zielkonflikt und ein Optimierungsproblem.“

Es ist eine zentral wichtige Aufgabe, intelligente Vertriebsstrategien für guten Journalismus zu entwickeln. 2020 sollte das Jahr der Digitalisierung der Verlage sein und diese kostet Geld. Geld, das im Moment nicht eingenommen wird.

Susann Mathis

Das Krankentagegeld der DKV für Journalisten.

**Wer unersetzbar ist,
braucht einen
Gesundheitsschutz,
der an alles denkt.**

DKV
Deutsche Krankenversicherung

Ein Unternehmen der ERGO

Jetzt die Vorteile der Gruppenversicherung mit dem DJV Baden-Württemberg nutzen:

- ab 53,62 Euro mtl. Beitrag*
 - Annahmegarantie für versicherungsfähige Personen
- www.dkv.com/journalisten

*) Für eine(n) 35-jährige(n) Journalisten/-in nach Tarif KTN2 für 2.100 Euro Krankentagegeld mtl. ab dem 29. Tag. (Stand: 1.7.2020)

Deutsch-französische

Beobachtungen in der Corona-Krise

Vielleicht werden Wissenschaftler später mal ein Psychogramm schreiben. Genauer gesagt: Psychogramme der Bürger von zwei Ländern, Deutschland und Frankreich, in der Zeit der Corona-Krise. Vielleicht werden sie beschreiben, welche Reaktionen das Coronavirus in den beiden Nachbarländern auslöste, welche Ängste es verbreitete und welche Vorurteile hochkamen. Schön wäre es, denn genau das habe ich erlebt.

Ich denke, ich kann mich mit Fug und Recht als Deutsch-Franzosen bezeichnen, als Nordlicht aus Schleswig-Holstein, das seit über 20 Jahren in Straßburg wohnt, verheiratet mit einer Französin, vernetzt durch viele Freunde im Elsass. Ich wohne am Oberrhein – ein Gebiet, in dem die tägliche Fahrt über den Rhein normal ist, in dem seit Jahrzehnten die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gepflegt wird, in dem sich zahlreiche binationale Paare niedergelassen haben. Und nun das: Ab dem 17. März arbeitete ich in Straßburg für fast zwei Monate im Homeoffice für meine deutsche Zeitung. Ab diesem Tag galt in Frankreich das, was im Beamtendeutsch als Ausgangssperre bezeichnet wird. Ich konnte meine Wohnung nur für die notwendigsten Aktivitäten wie den Einkauf von Lebensmitteln verlassen – wenn ich einen Passierschein vorwies und meinen Pass dabei hatte. So war ich eingesperrt in meine Wohnung, hatte jedoch täglich über Telefon und Internet Kontakt zu meinen Kollegen in der deutschen Offenburger, kriegte gleichzeitig das Echo meiner französischen Freunde mit, die ich freilich nicht besuchen konnte. Und nicht nur das: Die Grenzen waren geschlossen, deutsch-französische Liebespaare konnten sich nicht treffen, getrennt lebenden Elternteilen war es oft nicht möglich, ihre im Nachbarland lebenden Kinder zu sehen.

In Deutschland wurde manchmal gesagt, dass das Coronavirus auch seine positiven Seiten habe. Man könne die unerwartet gewonnene Freizeit für neue Aktivitäten nutzen, von der viel zitierten „Entschleunigung“ profitieren und sich auf das Wesentliche besinnen.

Ich darf versichern: Im Elsass, das mehr als viele andere Regionen unter dem Coronavirus zu leiden hatte, hatte diese Zeit überhaupt nichts Besinnliches. Das Elsass, besonders der südliche Teil, wurde von der verhängnisvollen Coronawelle geradezu überrollt. Es fehlte zumindest am Anfang an Material, um das Virus zu stoppen: Masken, Beatmungsgeräte, geeignete Krankenhausbetten waren bei weitem nicht im ausreichenden Maße vorhanden. Das Krankenhauspersonal musste an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit arbeiten. Jeden Abend um 20 Uhr stand ich wie viele andere auf dem Balkon, um den völlig überlasteten Ärzten und Krankenschwestern zu applaudieren. Das war eine schöne Geste, aber gebracht hat es nicht wirklich etwas. Der Notstand war so groß, dass die Armee in Mulhouse ein provisorisches Militärlazarett aufbaute, dass schwer Erkrankte mit TGV-Schnellzügen in weniger belastete französische Regionen transportiert werden mussten. Später flogen deutsche Militärmaschinen elsässische Patienten nach Bonn und in andere deutsche Kliniken. Rund 30.000 Franzosen starben am Coronavirus, in Deutschland waren es 9000.



Erfahrungen

Von Reinhard Reck

Der schwer angeschlagene französische Präsident Emmanuel Macron sprach im März vom „Krieg“ gegen das Coronavirus, was den meisten seiner Landsleute wohl aus der Seele sprach. Danach erwiderte nicht weniger pointiert der deutsche Bundes-

präsident Frank-Walter Steinmeier, dass man sich keinesfalls in einem Krieg befinde. Wer hat Recht?

Im gebeutelten Elsass beobachtete man das Verhalten der Deutschen sehr genau. Während die Straßburger eingesperrt waren, stürmte man auf deutscher Seite die Baumärkte und hatte viele Freiheiten beim Reisen. Ungläubig wurden links des Rhein die „Corona-Partys“ registriert, die besonders verantwortungslose Jugendliche beispielsweise in Baden organisierten, um auszu-
drücken: „Uns kann Corona gar nichts.“ Auf Unverständnis stieß in Frankreich auch im März

die Einstufung der ostfranzösischen Region Grand Est (Elsass, Lothringen, Champagne-Ardenne) durch das Robert-Koch-Institut als Risikogebiet. Als deutsche Kommunalpolitiker elsässische Grenzgänger aufforderten, zu Hause zu bleiben, ohne auch nur ansatzweise die französischen Behörden vorher zu informieren, äußerten auch hohe Beamten wie die Straßburger Präfektin unüberhörbare Kritik. Nicht zuletzt lernten viele Bürger des immer noch zentralistisch strukturierten deutschen Nachbarlands eine

Lektion in Sachen Föderalismus: Dass Baden-Württemberg und Bayern auf die Krise anders reagierten als Hamburg oder Mecklenburg-Vorpommern, war für viele unverständlich.

Und in Deutschland kamen Vorurteile hoch, die man längst überwunden zu haben glaubte. „Du wohnst doch in Straßburg“, bekam ich manchmal zu hören. Die Verachtung der Bürger des Nachbarlands war unüberhörbar.

Es war kein Zufall, dass sich etwa ab Mitte April die Stimmen von Protagonisten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mehrten, die Grenzen wieder zu öffnen. Es sollte allerdings noch bis zum 15. Juni dauern, bis es so weit war.

Corona ist eine Lektion für alle. Corona zeigt, dass in Krisenzeiten die europäische Solidarität stark gefährdet ist. Das betrifft auch die Zeit danach. Meiner Einschätzung nach wird Frankreich – auch wirtschaftlich – unter den Nachwirkungen der Krise deutlich stärker zu leiden haben als Deutschland. Und Länder wie Spanien oder Italien wird es noch heftiger treffen.

Wenn Europa überhaupt einen Sinn hat, dann den, jetzt EU-weit Solidarität zu zeigen. Es gilt, europaweit Unterstützungsmechanismen zu initiieren, die gerade den Ländern helfen, die jetzt Hilfe brauchen. Und die Erfahrung zeigt auch, dass man alles tun muss, um die Kräfte in ihre Schranken zu verweisen, die meinen, jetzt nationalistische Vorurteile schüren zu müssen.

Reinhard Reck ist Nachrichtenredakteur bei der Mittelbadischen Presse in Offenburg.



Arschtritt für uns Underdogs im Pressehaus

Emmi Dunz: In eigener Sache

Seit 2005 arbeitete Emmi Dunz (Name geändert) als freie Mitarbeiterin für das "Stuttgarter Wochenblatt". Im März wurden sie und acht weitere KollegInnen vor die Tür gesetzt. Die Kontextwochenzeitung druckte Anfang Juni ihren Bericht. Wir finden ihre Beschreibung so wichtig, dass wir sie hier nachdrucken.

Eigentlich mag ich nicht in eigener Sache sprechen. Aber wenn ich es nicht tue, tut es niemand. Niemals.

Ich war seit langem und bis vor kurzem für das Stuttgarter Wochenblatt (STW) als Pauschalistin tätig und betreute zwei Lokalausgaben. Das Stuttgarter Wochenblatt, eines der ältesten Anzeigenblätter Deutschlands, gehört zur Südwestdeutschen Medienholding (SWMH). Die Redaktion hat ihren Sitz im Pressehaus Stuttgart. Bis 18. März erschienen noch 12 Lokalausgaben bei einer Gesamtauflage (in Stuttgart mit Gerlingen, den Filderorten und Fellbach) von 328 930.

Bereits in der Vergangenheit wurde meine Redaktion durch das Zusammenlegen von Lokalgebieten personell ausgedünnt, nun schlug die Geschäftsführung erneut zu, diesmal befeuert durch die Corona-Pandemie: Auf äußerst rüde Art und Weise stellte die Stuttgarter Zeitung Werbevermarktung GmbH von jetzt auf nachher sämtliche Honorarzahlungen ein. Die Lokalausgaben wurden komplett eingestellt, seither erscheint das STW als Gesamtausgabe – reduziert um über ein Drittel der bisherigen Auflage auf 207 480. Dies wurde mir und acht KollegInnen am 18. März in Form einer E-Mail, ohne ein Wort des Bedauerns, mitgeteilt. Hier ein Auszug: „Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Corona-Krise führt zu massiven, noch nie dagewesenen Umsatzeinbrüchen in STW ... Im gesamten April werden wir nach heutigem Stand in stark reduzierter Form als Gesamtausgabe erscheinen. Die Ge-

schäftsführung hat mich unmissverständlich aufgefordert, das Honorar in STW ab sofort auf null zu reduzieren. Daher gilt folgende Regelung ab sofort. Keine Artikel mehr liefern, es gibt bis auf weiteres keine lokalen Ausgaben mehr. ...“.

*Ich fühlte mich
wie angeschossen*

Die Sprache der Mail klang, als wäre ein Krieg ausgebrochen. Die Schnelligkeit und Härte der Maßnahmen schienen unwirklich. Setzte diese Pandemie meinen Vertrag außer Kraft? Ich fühlte mich wie angeschossen. Das Agieren der Geschäftsführung schien völlig überhastet. Ohne abzuwarten, wie sich die ab 17. März einsetzenden Ladenschließungen auf das Anzeigengeschäft auswirken und ohne Zwischenlösungen zu finden, wie etwa weniger umfangreiche Lokalausgaben zu produzieren, wurden wir augenblicklich vor die Tür gesetzt. Ich hatte den Eindruck, man wollte bevorstehende Ausfälle kompensieren, in dem man das Honorar der freien Mitarbeiter einspart. Oder aber, man hielt die Corona-Krise für den idealen Zeitpunkt, Personal abzubauen. Ich hatte jedenfalls meine Zweifel daran, ob es die massiven Umsatzeinbrüche, die als Begründung der Maßnahmen angegeben wurden, am 18. März tatsächlich schon gab. Immerhin schien keiner der großen Lebensmittelhändler seine Beilagen eingestellt zu haben, boomte deren Geschäft in der Corona-Krise ja geradezu. Auch Baumärkte durften weiterhin öffnen. In den Lokalausgaben vor jenem 18. März konnte ich jedenfalls noch keinen massiven Einbruch erkennen.

(Bis zu unserem Rauswurf hatte ich übrigens auch kein Ergebnis bezüglich eines Personalfragebogens erhalten, den ich im Mai 2019 als langjährige freie Mitarbeiterin ausfüllen sollte. Dabei ging es um die

Überprüfung einer etwaigen Scheinselbständigkeit. Zu diesem Zeitpunkt hatte ich keinen anderen Auftraggeber als das Stuttgarter Wochenblatt, arbeitete im heimischen Büro und war dort an das Redaktionssystem des Pressehauses angeschlossen. Auch als ich zuvor zusätzlich für die Stuttgart-Seite der Südwest Presse schrieb, war dies im Grunde kein anderer Auftraggeber, gehört diese ja ebenfalls zur SWMH.)

Vermutlich erst, als ein Kollege den Deutschen Journalistenverband (DJV) einschaltete, dessen Anwalt schließlich einen Brief ans Pressehaus schickte, musste die Geschäftsführung erkennen, dass sie vertraglich gebunden war und nicht einfach die Honorarzahlungen einstellen konnte. Daraufhin kam die Kündigung. Dass man es bei einer solchen Vorgehensweise wohl kaum mehr mit einem seriösen Vertragspartner zu tun hat, unterstrich auch das Kündigungsschreiben, in meinem Fall mit einem peinlichen Rechtschreibfehler versehen (die Rede ist in diesem Schreiben von dem mit mir 2013 „abgeschossenen“ Vertrag, wie passend). Für die bis zum Vertragsende ausstehenden Pauschalen erhielten wir entgegen der falsch angekündigten Nullrunde nun immerhin eine Abschlagszahlung von 50 Prozent, das entfallene Fotohonorar wurde jedoch nicht ausgeglichen. Ich und vermutlich auch meine KollegInnen konnten von diesem Abschlags-Honorar nicht leben. Zwar gelang es mir noch, einen Beitrag in der Stuttgarter Zeitung unterzubringen, aber meine Wochen-Pauschalen waren nun dahin.

1.180 Euro fiktiver Unternehmerlohn

(Bereits am 26. März stellte ich einen Antrag auf Corona-Soforthilfe. Doch kaum wurde der Zuschuss gewährt, verflog meine Freude auch schon wieder, wusste ich nun nicht, ob ich das Geld zum Lebensunterhalt verwenden darf. Zwar bekommen Freiberufler

ohne nennenswerte Betriebskosten in Baden-Württemberg nun 1.180 Euro im Monat als fiktiven Unternehmerlohn gewährt, doch meine realen Umsatzeinbrüche sind höher. Und meine Miete, meine Kosten für Kranken-, Renten- und Sozialversicherung, die Strom- und Heizkostenpauschale lösen sich in der Corona-Krise nicht in Luft auf.) Unter uns Geschassten besteht kaum Kontakt. Das hat sich über Jahre so entwickelt. Es ist gespenstisch, aber selbst jetzt holt uns nichts aus unserer Home-Office-Vereinzelung heraus. Wir sind nicht organisiert. Es ist schon eine Weile her, da wollten wir uns zusammmentun, ein höheres Honorar fordern. Denn seit 15 Jahren verdienen wir „Korris“ beim STW dieselbe, erbärmlich niedrige Pauschale. In meinem Fall betrug diese 250 Euro pro Woche für die redaktionelle Betreuung eines Lokalgebiets. Woche für Woche stellte ich dafür drei selbst recherchierte Artikel mit jeweils einem Foto, ein Paket mit zehn Meldungen sowie einen größeren Veranstaltungshinweis ins Redaktionssystem des Pressehauses ein, an das ich vom Homeoffice aus angeschlossen war. Die Themen legte ich in der Regel – bis auf die Sonderveröffentlichungen – selbst fest. Zur Pauschale hinzu kam das Fotohonorar, maximal drei Fotos pro Woche, ein Foto à 40 Euro. Von einer Lokalausgabe allein konnte man nicht leben, bei zweien hing einem bei halbwegs ordentlicher journalistischer Arbeit die Zunge raus. Wer Urlaub machen wollte, musste entweder komplett vorproduzieren oder weniger liefern und weniger verdienen. Eine Krankheitsvertretung gab es nicht. Arbeit am Wochenende oder an Feiertagen sowie die Teilnahme an Schulungen war selbstverständlich und wurde nicht gesondert vergütet.

Auch wenn es das Stuttgarter Wochenblatt schon seit 1955 gibt, es im Pressehaus Stuttgart im fünften Stock seinen Platz gefunden hat, schienen wir freien Mitarbeiter uns in einem Vakuum zu befinden. Uns fehlte ein von der Geschäftsführung unabhängiger Ansprechpartner. Schon vor Jahren nahm ich Kontakt mit dem Betriebsrat auf. Dort waren unsere Arbeitsbedingungen gänzlich unbekannt und man schien nicht gerade begeistert zu sein, sich nun auch noch mit uns Freien befassen zu müssen. Aber man bot mir an: „Kommen Sie in eine unserer Sitzungen, aber bitte mit möglichst vielen freien Mitarbeitern“. Wenn man dann aber keinen mit ins Boot kriegt, macht Widerstand wenig Sinn. Die Sache verlief im Sand. Als ehemaliges Verdi-Mitglied verwies man mich – ebenfalls bereits vor Jahren – an einen für freie Journalisten zuständigen Mitarbeiter. Dieser meinte, Tarifierhöhungen für Pauschalisten müsse ich selbst durchsetzen. Er sprach außerdem von einer Gruppe freier Journalisten in Stuttgart, jedoch sei diese nicht „nachhaltig“ gewesen. Doch als ich später erfuhr, dass die Stuttgarter Zeitung Werbevermarktung GmbH nicht im Tarifverbund ist, schien es sinnlos zu sein, auf tarifliche Bestimmungen zu pochen.

Gerne schaute man auch in fachlicher Hinsicht auf uns herab, schrieben wir ja lediglich für ein Anzeigenblatt. Da interessierte es auch wenig, dass man als freier Journalist auch für andere Redaktionen tätig war. Im Sommer 2019 fand beim STW über Wochen ein Schreib-Workshop statt, betreut von einem Redakteur der Süddeutschen Zeitung, doch wir wurden auf seltsame Weise übergangen. Wir „Korris“ bekamen diesen Mann nie zu Gesicht. Es wurde zwar über unsere Texte geredet und geurteilt, aber mit uns persönlich sprach jener Text-Coach kein einziges Mal.

Den Titel „Welle der Solidarität“ der ersten STW-Gesamtausgabe empfand ich, gerade frisch auf die Straße gesetzt, als perfide. Wie so oft stellte sich das „Wochenblättle“ nun auch in der Corona-Krise als ein Medium dar, dem es um zwischenmenschliche Wärme, um Nachbarschaftshilfe und um ehrenamtliches Engagement geht. Doch diese Welle der Solidarität, von der da die Rede war, kam bei uns Lokalreportern nicht an. Das Gegenteil war

der Fall: Honorarstopp und Rauswurf. Und während man in der Stuttgarter Zeitung über eine Spendenaktion für von der Corona-Krise gebeutelte Künstler lesen konnte, wurden wir wie üblich verschwiegen.

Die Schizophrenie der Medienbranche besteht ja darin, dass man ungerechte Verhältnisse bei anderen anprangert, selbst aber stillschweigend erduldet, hinnimmt, ignoriert oder sogar befördert, je nachdem auf welcher Sprosse der Karriereleiter man sich gerade befindet.

„Die wollen euch nur warmhalten“

Zu Ostern wieder eine Mail. Diesmal etwas freundlicher in der Tonart. Die „Maßnahme“ habe nichts mit meiner Arbeit zu tun, sondern sei allein der wirtschaftlichen Lage geschuldet, so der Redaktionsleiter. Es sei ihm wichtig, mir das zu schreiben. Vage deutet er an, dass wenn alles sich wieder normalisiere, man eventuell wieder meine Mitarbeit anfordere. Hätte, könnte, wäre. Ich nehme es zur Kenntnis, bringe es aber nicht fertig zu antworten, nach all dem was passiert ist. „Die wollen euch nur warmhalten“, sagt ein Freund, mittlerweile routiniert im Umgang mit meinen Erfahrungen mit dem Stuttgarter Wochenblatt.

Drall und prall, gespickt mit zahlreichen Beilagen und Anzeigen, steckte das Stuttgarter Wochenblatt, kaum dass die ersten Lockerungen der Corona-Zwangmaßnahmen angelaufen waren, wieder in den Briefkästen. Massiv eingebrochen war vor allem eins: die Lokalberichterstattung. Ein klägliches Überrest von zwei, drei überlokalen Geschich-



ten war geblieben. In der Ausgabe vom 30. Mai erschien dafür als Zweitverwertung die Sonderveröffentlichung „#gemeinsam stark“, eine Initiative von Stuttgarter Zeitung und Stuttgarter Nachrichten. So etwas klingt gut und verbreitet Optimismus.

*Für mich klang
das wie Hohn*

Dem Beitrag „Eine Gesellschaft, die zusammenhält“ von Ministerpräsident Winfried Kretschmann war fast eine ganze Seite gewidmet. In der Spalte daneben kam Herbert Dachs zu Wort, Mitinitiator von „#gemeinsam stark“, Geschäftsführer der StZ, der StN, und auch der Stuttgarter Zeitung Werbevermarktung GmbH. Dachs' Text war mit den Worten „Gemeinsam aus der Krise“ betitelt. Er schrieb von einer neuen Solidarität, die da gewachsen sei und sich unter dem Motto „Gemeinsam statt allein“ zusammenfassen ließe, vom Zusammenhalt innerhalb der Gesellschaft in der Krise, der „trotz

aller Schwierigkeiten, trotz aller Widernisse“ von „vielen Menschen mit Leben gefüllt“ wird. „Dieses füreinander eintreten“, so stand es da, „sollte uns erhalten bleiben“. Für mich klang das wie Hohn.

Dank des redaktionellen Teils darf das STW – dieses Recht erstritt der frühere Herausgeber Hans-Frieder Willmann (1922 – 2017) Ende der 1960er und

Anfang der 1970er Jahre vor dem Bundesgerichtshof – auch weiterhin den Haushalten zugestellt werden und hat dabei ein leichtes Spiel. Denn den großen Konkurrenten unter den Stuttgarter Anzeigenblättern, den Stuttgarter Stadtanzeiger, gibt es nicht mehr. Er wurde bereits 2017 von der SWMH geschluckt.

Antwort SWMH: Auf Anfrage antwortet Martin Gritzsch, Pressesprecher der SWMH: „Das Stuttgarter Wochenblatt ist ein Anzeigenblatt und keine redaktionell

geprägte Tageszeitung. Weil bis auf einen einzigen Beilagenkunden alle weiteren Kunden ihre Aufträge komplett storniert hatten und auch die Anzeigen stark zurückgingen – denn aufgrund der Corona-Pandemie war der Handel bis auf die Discounter geschlossen –, mussten wir werktägliche Ausgaben des Stuttgarter Wochenblatts vorerst einstellen. Samstags erschien nun das Stuttgarter Wochenblatt. Das Minus bei den Werbeumsätzen lag bei etwa 85 Prozent. Wenn Sie nun festgestellt haben, dass die Samstagsausgabe „mit einer prallen Vielzahl an Werbebeilagen“ erschienen ist, waren das keine Kunden des Stuttgarter Wochenblatts. Das Stuttgarter Wochenblatt wird über den MMD Verteildienst zugestellt. Am Samstag dient das Stuttgarter Wochenblatt den Prospekten der MMD Verteildienst als Hülle. Weil kaum Anzeigen gebucht waren, musste die Samstagsausgabe massiv Text reduzieren.

Die SWMH nutzt die Corona-Pandemie also nicht zu irgendetwas aus. Auch wir beschäftigen lieber mehr Menschen, als weniger. Dass wir mit fünf freien Mitarbeitern, die über eine Pauschale honoriert wurden, die Zusammenarbeit beenden mussten, ist durch den Rückgang der Werbeumsätze um rund 85 Prozent begründet“.

Nachtrag zu Redaktionsschluss:

Seit 1. Juli erscheinen beim STW wieder Lokalausgaben. Der redaktionelle Inhalt wird nun wohl von der übrig gebliebenen STW-Crew innerhalb der Service- und Sonderthemenredaktion erstellt. Je nach dem, was an Meldungen und Bildern aus den Lokalgebieten reinkommt. Der redaktionelle Teil scheint nun endgültig zum Füllmaterial degradiert worden zu sein. Solche "Lokalausgaben" dienen vermutlich dazu, dem Anzeigenkunden unterschiedliche Verbreitungsgebiete zu unterschiedlichen Preisen anbieten zu können. Sicher hätte ich als "Lokalkorrespondentin" eine dieser Ausgaben mit selbst recherchierten Beiträgen füllen können. Doch die Geschäftsführung hat entschieden, sich vom früheren Modell der lokalen Ausgaben mit redaktionell zuständigen Lokalreportern zu verabschieden. Und klar, es funktioniert ja vielleicht auch so.



Katastrophale Situation für freie Journalist*innen

Nichts Gutes berichten die freien Journalist*innen. Rund 26 Euro muss man laut einer Berechnung von Ulli Schauen pro Stunde umsetzen, um bei 90 bezahlten Arbeitsstunden 1500 Euro für Privatausgaben zu erwirtschaften. Ulli Schauen ist Journalist, Coach und Buchautor. Das gelingt vielen schon zu normalen Zeiten nicht immer. Nicht nur die Freien bei der Eßlinger Zeitung werden unter den Honorarrichtlinien vergütet.

Jetzt aber heißt es Auftragsrückgang oder gar -stop bei Freien, Auftragsruhe bei Pauschalisten. Nicht nur den Verlagen bricht das Kongferenzgeschäft weg, auch Freie Journalist*innen, die Seminare geben oder Veranstaltungen moderieren, sehen diesen Geschäftszweig auf Null heruntergefahren. Der Reisejournalismus befindet sich in Schockstarre.

Freie Journalist*innen sind wie der große Teil aller deutschen Freiberufler*innen stark oder sehr stark vom Corona-Lockdown betroffen. Jeder vierte Freiberufler könnte aufgeben müssen, schreibt der Tagesspiegel.

Freien-Umfrage des DJV

Die Ergebnisse der Umfrage des DJV zur Lage der freien Journalistinnen und Journalisten in der Corona-Pandemie liegen vor. Die Berufs-

gruppe der Freien ist durch die Corona-Krise schwer getroffen. Die Ergebnisse lassen sich auf der Seite des DJV nachlesen und herunterladen. Hier die wichtigsten Punkte:



Bei vielen freien Journalist*innen sind die Einkommen unter das Existenzminimum gesunken! Im Durchschnitt hat sich der monatliche Gewinn gedrittelt, von einem monatlichen Durchschnittsgewinn von 2.470 Euro ist der Erlös seit der Corona-Krise auf lediglich 780 Euro im Monat und damit unter das Existenzminimum gesunken. Das berichten auch die Kolleg*innen aus Baden-Württemberg.

Daniel Völpel aus Ludwigsburg beschreibt düstere Aussichten, sein Umsatz hat sich im April und Mai in etwa halbiert und er rechnet auch im Juli nicht mit einer substanziellen Verbesserung der Auftragslage. So wurden zum Beispiel regelmäßige Projekte abgesagt oder verschoben. Seminare fielen aus und damit auch die Referentenhonorare. Und seiner Befürchtung nach werden in der nächsten Zeit Projekte reduziert oder gestrichen werden. Seine Konsequenz: Er will stärker eigene journalistische Projekte entwickeln, unabhängig von Verlagen. Von den Regierungsprogrammen sieht er sich im Stich gelassen: „Erst haben Bundes- und Landesregierung zu spät reagiert, um die Epidemie zu verhindern. Dann hat man uns einen großen Teil der Geschäftsgrundlage entzogen, um schließlich kalthertzig zu sagen: Der Staat ist nicht dazu da, Umsatzverluste auszugleichen. Außer natürlich bei Großkonzernen, die weiterhin Boni und Dividenden auszahlen und nun noch mit Milliardenhilfen aus Steuern ihre unternehmerischen Fehlentscheidungen ausbügeln können.“ Gleichzeitig beobachtet er den schon jetzt grassierenden Subventionsbetrug, Unternehmen, die ihre Mitarbeiter*innen in Kurzarbeit schicken, sie dann aber samstags arbeiten lassen.



Projekte eingedampft

Laut der DJV Umfrage herrscht dennoch mehrheitlich Zufriedenheit mit dem journalistischen Beruf, das trifft auch für **Geraldine Friedrich**, freie Journalistin und Finanztexterin zu. Für sie hatte das neue Jahr sehr gut begonnen: mit Anfragen von alten und neuen Unternehmenskunden, vor allem Versicherer, aber auch Aufträgen von Redaktionen. Sogar ein neues Reisebuch war angedacht. „Tja, und dann kam Corona und ich hatte plötzlich nur noch wenige Aufträge. Die Reiseseiten? Mehr oder weniger eingedampft. Unternehmen? Hielten sich mit neuen Projekten verständlicherweise zurück.“ Friedrich hat die Zeit genutzt, um sich Gedanken über neue Geschäftsfelder und ein Romanprojekt zu machen. „Unter anderem nahm ich im April auch an meiner ersten öffentlichen, sehr aufwändigen Ausschreibung teil. Daraus resultierte tatsächlich ein Vertrag als Autorin für vier Jahre (!) mit einer Krankenkasse. Ohne Corona hätte ich die Zeit in die Ausschreibung vielleicht gar nicht investiert. Mein Fazit, so platt das klingt: In jeder Krise steckt eine Chance. In meinem Fall sich abseits der Routine zu überlegen, wohin die Reise gehen soll und sich auf Neues einzulassen.“



Nur wenn alle „Nein“ sagen

Friedrich sieht sich als freie Journalistin auch als Unternehmerin – und nicht als verlängerte Werkbank, die zu allem „Ja“ sagt. Ein Auftrag muss entweder gut bezahlt sein oder Spaß machen, idealerweise trifft beides zu. Sie teilt ihre Aufträge gedanklich in A (super bezahlt, super interessant), B (super bezahlt, mäßig spannend), C (mäßig bezahlt, super spannend) und D (mäßig bezahlt, mäßig interessant) ein. D wandert gleich in Ablage P.

Natürlich kann man sich diese Sichtweise nur leisten, wenn man mehrere Kunden hat. „Ich habe mir das Freien-Dasein damals ausgesucht, ich weiß, dass das nicht bei jedem der Fall ist und wenn ich rückblickend schaue, war ich damals auch naiv. Aber man lernt unglaublich viel, ist sein eigener Chef und kann viel ausprobieren.“ Lokaljournalismus sei allerdings besonders schlecht bezahlt. „Mit Lokaljournalismus auf einen vernünftigen Umsatz zu kommen, halte ich mittlerweile schlicht für unmöglich. Daher rate ich allen Freien: Sagt nein und sucht euch andere Standbeine.“

Jeder und jede kann sich in Spezialgebiete einarbeiten, die nicht jeder bedient – Reise, Lifestyle und Porträts gehören da sicher nicht dazu. Bei Finanzen/Versicherungen ist das schon anders. Deutschland ist auch das Land der Fachzeitschriften, da gibt es viele Felder zu beackern. Und sie sagt ganz klar: „Ohne Corporate Publishing geht es meiner Meinung nach nicht mehr, wenn man von seinem Beruf leben will.“ Und sie mahnt, dass freie Journalist*innen nicht alles mit sich machen lassen sollen: „Ich bekomme mittlerweile Total-Buy-Out-Verträge mit Haftungsklauseln vorgelegt, die sich gewaschen haben. Ich unterschreibe sie nicht, auch wenn es manchmal weh tut. Aber: Nur wenn alle nein sagen, erreicht man eine Verbesserung.“



#supporttheartist

Freie mit Schwerpunkt im Fotojournalismus wurden besonders schwer getroffen – und hier ist laut der DJV-Umfrage nur noch eine Minderheit mit ihrem Beruf zufrieden. Ihr monatlicher Erlös sank laut den zusammengerechneten Ergebnissen der DJV-Umfrage von durchschnittlich 2.260 Euro auf lediglich 560 Euro. Auch **Stefan Bau**, freier Fotograf aus Karlsruhe, sind die Aufträge der Magazine, für die er regelmäßig arbeitet, weggebrochen. Darüber hinaus beobachtet er, dass Verlage und Redaktionen die Situation ausnutzen, um die Preise weiter zu drücken und dabei nach einer Friss-oder-stirb – Mentalität agieren. „Ich habe deswegen ein Magazin verloren, für das ich seit 21 Jahren jeden Monat gearbeitet habe.“ Außerdem werden keine Ausfallhonorare gezahlt, weder für Bild- noch für Referenten-Aufträge. „Konzerte, Lesungen, Vernissagen, Drehs, Theater, Reportagen, alles abgesagt“, sagt der Fotograf. „Und keiner bekommt den Ausfall bezahlt.“

Auch Stefan Bau ist keiner, der still sitzen bleibt und auf das Ende der Krise wartet. Er hat daher in sozialen Netzwerken eine Bewegung gestartet. „Ich habe den hashtag #supporttheartist ins Leben gerufen, um Künstlern und Freelancern in diesen schweren Zeiten eine Plattform der Solidarität zu bieten, Bitte like und share :-).“ Die Resonanz habe ihn selbst überrascht, doch entstehen für ihn selber daraus leider keine Aufträge oder Honorare.

Susann Mathis

Rückblick und Ausblick

Die Corona-Soforthilfe des Landes Baden-Württemberg

Von Landesgeschäftsführer Gregor Schwarz

Durch den Ausfall sämtlicher Veranstaltungen und die Tatsache, dass bei Kurzarbeit in Verlagen keine Aufträge an Externe vergeben werden dürfen, wurden Freie von der Corona-Krise besonders hart getroffen. Viele freie Kolleg*innen haben daher die Corona-Soforthilfe des Landes beantragt, in der die Hilfsgelder von Bund und Land gebündelt vergeben wurden. Nach Ablauf des Programms ziehen wir eine vorläufige Bilanz und geben einen Ausblick auf ein mögliches weiteres Hilfsprogramm.

Schnelle Hilfe mit oft unklaren Kriterien

Baden-Württemberg war mit Starttermin am 25.03.2020 eines der ersten Bundesländer, bei dem die Antragstellung über ein Online-Portal möglich war. Leider merkte man sowohl dem Portal als auch der dahinterstehenden und per Notverkündung veröffentlichten Rechtsverordnung schnell an, dass diese mit sehr heißer Nadel gestrickt worden waren. Vielen Kolleg*innen war anfangs unklar, ob sie als Solo-Selbständige überhaupt in den Genuss der Soforthilfe kommen, denn das Programm sollte nur einen akut durch die Corona-Krise bedingten „Liquiditätsengpass“ ausgleichen, aber nicht die fehlenden Einnahmen für die private Lebensführung. Dem lag aus unserer Sicht schon ein grundsätzlicher Denkfehler zu Grunde, da Selbständige immer auch regelmäßige Privatentnahmen bei ihren Betriebsausgaben einkalkulieren – schließlich müssen sie ja von ihrer Tätigkeit auch leben. Die besondere Krux liegt für freie Journalist*innen darin, dass diese in aller Regel im Vergleich zu anderen Betrieben, beispielsweise im Handwerk oder der Gastronomie, nur geringe Be-

triebsausgaben haben. Zwar kam Mitte April dann eine Klarstellung, dass auch ein „fiktiver Unternehmerlohn“ in Höhe von max. € 1.180,- pro Monat bei den Ausgaben berücksichtigt werden kann, übrigens eine durchaus lobenswerte Sonderregelung in Baden-Württemberg. Insgesamt herrschte aber dennoch große Verunsicherung bei den Antragstellern, die sich auch in sehr vielen Anfragen auf unserer Geschäftsstelle niederschlug.

Anträge trotzdem bewilligt – Angst vor Rückforderung geht um

Viele Kolleg*innen haben, auch auf unser Anraten hin, trotz nicht immer ganz klarer Kriterien einen Antrag gestellt. Dieser wurde auch in fast allen Fällen unbürokratisch bearbeitet und die beantragten Gelder auch schnell ausbezahlt. Schon aufgrund der Masse an Anträgen und der Schnelle der Bearbeitung ist davon auszugehen, dass wenn überhaupt nur stichprobenartig überprüft wurde, ob die im Antrag gemachten Angaben auch korrekt sind. Die L-Bank, welche die Gelder ausbezahlt hat, hat sich aber eine nachträgliche Prüfung ausdrücklich vorbehalten. Dabei gilt grundsätzlich: Wer nachweislich falsche Angaben gemacht hat, muss eventuell mit einer Rückforderung oder sogar einer strafrechtlichen Verfolgung rechnen. Manch einem, der das Kleingedruckte im Antrag vielleicht nicht ganz genau gelesen oder sich seine Betriebsausgaben „schöngerechnet“ hat, mag das derzeit schlaflose Nächte bereiten. Insgesamt halten wir die Sorgen aber für unbegründet, weil:



- Alle Ausgaben, die sich der freiberuflichen Tätigkeit zuordnen lassen, sind Betriebsausgaben. Also z.B. die anteilige Miete für ein Arbeitszimmer, Kosten für Betriebsmittel wie PC, Telefon oder Internet etc., aber auch z.B. Beiträge zur Presseversorgung oder der DJV-Mitgliedsbeitrag. Nur wer also im Antrag solche Ausgaben zu Grunde gelegt hat, die eindeutig und nachweislich nichts mit der Tätigkeit als Freie*r zu tun haben, muss in Höhe dieser (aber nicht aller angegebenen Ausgaben) mit einer Rückforderung rechnen.

- Zumindest bis zu einer Höhe von € 1.180,- Euro pro Monat sind auch Ausgaben für die private Lebensführung als „fiktiver Unternehmerlohn“ den Betriebsausgaben zuzurechnen. Auch hier gilt: Nur wer (ggf. vor der Klarstellung) mehr angegeben haben sollte, muss eventuell mit einer Rückforderung in dieser Höhe rechnen, nicht aber in voller Höhe.

- Wer im Antrag vorsätzlich falsche Angaben gemacht haben sollte, um sich damit die Gelder zu erschleichen, könnte sich wegen Subventionsbetruges (§ 264 StGB) strafbar gemacht haben. Eine fahrlässige Begehung sieht das Gesetz aber nicht vor. Heißt konkret: Wer sich bei den Angaben schlicht vertan oder die Kriterien versehentlich nicht richtig interpretiert hat, hat strafrechtlich nichts zu befürchten. Ein Vorsatz dürfte den Antragstellern in aller Regel schwer nachweisbar sein, es gilt im Zweifel der Grundsatz „in dubio pro reo“.

Wer die Corona-Soforthilfe erhalten hat, sollte aber auf jeden Fall bedenken, dass die Gelder als Betriebseinnahmen versteuert werden müssen, also bei der Steuererklärung für das Jahr 2020 als solche anzugeben sind. Sonst droht im Nachgang Ärger mit dem Finanzamt.

Mitglieder, die einen Rückforderungsbescheid erhalten sollten, können sich gerne zur Beratung an unsere Geschäftsstelle wenden.

War das schon alles oder kommt da noch was?

Mit der Deckelung des „fiktiven Unternehmerlohnes“ auf den bescheidenen Betrag von € 1.180,- pro Monat und der Tatsache, dass laufende Betriebsausgaben in aller Regel nicht das größte Problem der freien Kolleg*innen sind, waren die Gelder aus der Soforthilfe für viele nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Hinzu kommt, dass die Frist zur Antragsstellung zum 31.05.2020 ausgelaufen ist, sich aber trotz der zahlreichen Lockerungen in den letzten Wochen die Situation der Freien kaum gebessert hat: Viele Verlage beschäftigen nach wie vor keine Freien bzw. haben Pauschalistenverträge reihenweise gekündigt, und auch die meisten Sport- und Kulturveranstaltungen finden noch immer gar nicht oder nur in deutlich reduziertem Umfang statt.

Am 12. Juni hat die Bundesregierung die „Eckpunkte für eine Überbrückungshilfe für kleine und mittelständische Unternehmen, die ihren Geschäftsbetrieb im Zuge der Corona-Krise ganz oder zu wesentlichen Teilen einstellen müssen“ beschlossen (einsehbar auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie). Hierbei sollen auch Solo-Selbstständige antragsberechtigt sein, deren Umsätze im April und Mai gegenüber dem Vorjahr um mind. 60% eingebrochen sind, was bei den allermeisten Freien der Fall sein sollte.

Inzwischen wurden die Kriterien für die Beantragung weiter konkretisiert. Die gute Nachricht dabei: Zumindest in Baden-Württemberg soll auch weiterhin ein fiktiver Unternehmerlohn geltend gemacht werden dürfen, diesmal aber nicht pauschal, sondern der Höhe nach abhängig vom prozentualen Umsatzeinbruch. Ärgerlich ist hingegen, dass die Anträge diesmal nicht mehr selbst, sondern nur noch von einem Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer bei der L-Bank eingereicht werden dürfen.

Die aktuellen Informationen zu den Kriterien für die Überbrückungshilfe finden Sie auf unserer Homepage unter: www.djv-bawue.de

(Stand 15.07.2020).



Frau Macht Medien verschoben

Interview mit Minou Amir-Sehhi



Minou Amir-Sehhi ist Vorsitzende der DJV-Kommission Chancengleichheit und Diversity. Foto: Uta Grosskopf

Blickpunkt: Der DJV-Journalistinnenkongress „Frau Macht Medien“ wurde abgesagt. Wird es einen Ersatztermin geben?

Minou Amir-Sehhi: Für die gesamte Kommission Chancengleichheit und Diversity, und insbesondere für mich persönlich, war es sehr hart, die fertig organisierte Tagung drei Wochen vorher wegen der Corona-Gefahr erstmal abzusagen! „Frau Macht Medien“ wird in jedem Fall stattfinden – wir hoffen im Frühjahr 2021. Wir bleiben in der Rhein-Main-Region und bei unserem Motto „Zusammenhalt braucht Vielfalt“ sowie nach Möglichkeit bei den ursprünglich geplanten Referentinnen und dem nahezu gleichen Programm.

Blickpunkt: Kann das geplante Programm so einfach verschoben werden?

Minou Amir-Sehhi: Mit den Podiumsgästen, Workshopleiterinnen und Moderatorinnen bin ich im Austausch, die meisten haben mir schon signalisiert, dass sie gerne weiterhin dabei sind.

Blickpunkt: Wie sieht es mit aktuellen Themen aus?

Minou Amir-Sehhi: Unsere Themen bleiben aktuell! Und sind es gerade mehr denn je. Genau dieser Kongress „Frau Macht Medien“ zum Thema

Diversity passt perfekt in die Zeit! Außerdem wollten wir unseren Medienkongress das erste Mal für Männer öffnen – beim Abschlusspanel. Dafür haben wir sogar einen bekennenden Feministen auf dem Podium und einige männliche DJV-Mitglieder hatten schon signalisiert, mit von der Partie zu sein! Wir wollen unbedingt eine Präsenztagung, denn das Netzwerken und der persönliche Austausch werden bei uns traditionell groß geschrieben. Deshalb müssen wir eventuell länger warten mit der Festlegung eines Termins.

Blickpunkt: Was passiert mit den bereits bezahlten Tickets?

Minou Amir-Sehhi: Alle Tickets bleiben automatisch gültig. Wir freuen uns über jede Teilnehmerin, die ihre bereits gezahlte Eintrittskarte als Gutschein auch ohne festes neues Datum akzeptiert.

Jede Ticketinhaberin, die ihr Geld lieber zurück möchte, bekommt das natürlich. Eine Mail an die Geschäftsstelle reicht. Bisher gab es nur sehr wenige. Doch wir hoffen, schon bald einen Termin anbieten zu können und freuen uns über alle Teilnehmerinnen, die uns treu bleiben und die wir dann noch dazu gewinnen!

Wie wahrscheinlich alle, bin ich in diesen Zeiten besonders kommunikationshungrig und würde zu gerne mal wieder in natura netzwerken – und wo kann frau das besser als bei Frau Macht Medien!

Das Interview führte Silke Schneider-Flaig

Erfahrungsaustausch zwischen Landesverbänden



Wie sieht es beim MDR aus? Welche Probleme geschäftigen die Festen und Freien in Thüringen? Wie kann das jeweilige Know-how und damit die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen DJV-Landesverbänden gestärkt werden? Diese und viele weitere Fragen diskutierten Heidje Beutel (1. Landesvorsitzende Thüringen, rechts), Sebastian Scholz (DJV-Landesgeschäftsführer Thüringen, links) mit ihren Pendanten Dagmar Lange und Gregor Schwarz in der Stuttgarter DJV-Geschäftsstelle Anfang Juli.

Mit Politikern im Dialog

Seit letztem Herbst bis dieses Frühjahr führte Landesvorsitzende Dagmar Lange zusammen mit den Geschäftsführern Martin Wedekind und Gregor Schwarz Gespräche mit den medienpolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen. Die AfD blieb außen vor, weil sie keine/n medienpolitische/n Sprecher/in benannt hat. Außerdem nahm die Landesvorsitzende auf Einladung am medienpolitischen Kongress der Landesregierung im letzten November teil und traf sich anschließend im Staatsministerium mit Philipp Franke, Referatsleiter Medienpolitik, Medienrecht und Rundfunkwesen sowie Verbände.

Es wurden u.a. die Themen Medienvielfalt und disruptive Entwicklungen angesprochen, Forderung nach einer Allgemeinverbindlichkeitsklärung nach § 5 Tarifvertragsgesetz, Einhaltung der Vergütungsregeln für Freie, verbindliche Schlichtung, Verbandklagerecht, Schutz von Informanten, Stärkung der Urheberrechte, das Landespolizeigesetz, der neue Medienstaatsvertrag und vieles mehr.

Leider hätten sich die Politiker und der Vertreter des Staatsministeriums bei vielen Themen hinter Zuständigkeitsfragen verschanzte, so Lange. Das betrifft zum Beispiel das Verbandsklagerecht (der Bund sei zuständig) oder die

Plattformregulierung (EU-Richtlinien). Vom Referatsleiter des Staatsministeriums kam immerhin der Vorschlag, dass bei der Landesförderung für die Weiterbildung nur tarifgebundene Verlage berücksichtigt werden sollen. Die Urheberrechte wurden von allen Gesprächspartnern hoch gehalten, doch an konkreten Unterstützungsvorschlägen gerade für die Freien fehlt es in allen Fraktionen.

Unterschiedlich fielen die Antworten zur Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) aus. Einerseits (SPD) gab es die Auskunft, die Quellen-TKÜ würde bisher noch nicht genutzt, andererseits hieß es vom Staatsministerium, kaum ein TKÜ-Antrag würde in der Praxis abgelehnt. Dem werden wir weiter nachgehen.

Positiv bleibt hängen, dass unsere Idee für einen Dialog mit der Polizei oder eine Schulung der Polizeikräfte teils als gute Idee aufgenommen wurde, nachdem uns Innenminister Strobl zuvor eine Absage erteilt hatte. Auch wird die Unterstützung des DJV zur Verbesserung der Ausbildung in Medienstudiengängen an den Hochschulen von einigen Gesprächspartnern befürwortet.

„Teils fehlte es den Gesprächspartnern an Tiefenschärfe bei der Wucht an Themen, die wir vorbrachten, weil sie uns unter den Nägeln brennen. Wir bleiben trotzdem am Ball“, bilanziert Dagmar Lange.

red.

Erster bi-nationaler Kreisvorstand

Kreisverband Hochrhein hat gewählt

Eigentlich sollte die Kreisversammlung längst abgehakt sein. Doch just in der Märzwoche, in der diese stattfinden sollte, musste die Kreisvorsitzende Geraldine Friedrich aufgrund Corona den Termin absagen. Einen Vorteil hatte das Ganze aber. Im Juli konnten die sechs DJV-Mitglieder bei lauschigen Temperaturen in der gemütlichen Gartenwirtschaft des Gasthauses Tanne in Tannenkirch tagen. Mit derzeit 57 Mitgliedern sind sechs eine ordentliche Präsenzquote.



Kreisvorstand Hochrhein. Neu dabei ist Chantal Zoelly (2.v.l.). Wieder gewählt wurden Robert Bergmann, Geraldine Friedrich und Manfred Herbertz (v.l.n.r.).JPG

Zunächst galt es das Pflichtprogramm zu absolvieren: Gewählt wurde der Kreisvorstand, und hier gab es einen Wechsel: Neu dabei als Beisitzerin ist Chantal Zoelly aus Basel. Die Schweizerin ist freie Journalistin. Damit ist der Kreisvorstand Hochrhein erstmals bi-national besetzt. Nicht mehr angetreten ist Matthias Zeller, Leiter des SWR-Regionalbüros in Lörrach. Wieder dabei sind Robert Bergmann, Redakteur bei der Badischen Zeitung in Lörrach, als Beisitzer sowie Manfred Herbertz, freier Journalist, als stellvertretender Kreisvorsitzender. Herbertz, lange Jahre Redakteur bei der Oberbadischen, ist zudem stellvertretender Landesvorsitzender. Kreisvorsitzende bleibt weiterhin Geraldine

Friedrich, freie Wirtschafts- und Reisejournalistin aus Inzlingen. Somit sind sämtliche lokal ansässigen Medien im Kreisvorstand Hochrhein wieder vertreten.

Ferner wurden die Delegierten für den Gewerkschaftstag in Karlsruhe gewählt sowie die Kandidaten bestimmt, die um die landesweit 16 Delegiertenplätze für den Bundesverbandstag 2020 (Magdeburg) und 2021 konkurrieren. Als Delegierte fahren Robert Bergmann und Geraldine Friedrich nach Karlsruhe, Manfred Herbertz ist qua Funktion als Mitglied des Landesvorstands Delegierter. Die Delegiertenplätze für den Bundesverbandstag werden in Karlsruhe vergeben, hierzu ist es übrigens nicht notwendig vor Ort anwesend zu sein. Auch Nicht-Funktionsträger können Bundesdelegierte werden. Auch die Kandidaten für die verschiedenen Fachausschüsse wie Tageszeitung, Betriebsratsarbeit, Freie Journalisten wurden nominiert. Fachausschüsse sind eine gute Möglichkeit je nach Neigung in die Arbeit des DJV hinein zu schnuppern.

Wer Ideen, Wünsche oder Kritik hat, darf der Kreisvorsitzenden gerne eine Email schreiben: freie@djv-bw.de

Geraldine Friedrich



Mitgliederoffenes Treffen des DJV Arbeitsgemeinschaft „Struktur“ tagt am 25.07.2020

Nach der intensiven Strukturdiskussion im Frühjahr vorigen Jahres wollen wir uns auch dieses Jahr in einem mitgliederoffenen Treffen der Weiterentwicklung des DJV widmen. Die Mitglieder des DJV Baden-Württemberg haben dazu eine herzliche Einladung erhalten.

**Samstag, 25. Juli, um 10.30 Uhr
in der DJV-Landesgeschäftsstelle
im Herdweg 63, 70174 Stuttgart**

Das Treffen findet bei schönem Wetter im Garten des ZDF-Landesstudios statt, bitte denken Sie an eine Jacke/Pullover und ggf. Sonnenschutz.

Notfalls weichen wir in einen größeren Raum im Gebäude aus. Eine Online-Teilnahme ist aus technischen Gründen leider nicht möglich

Für den Mittagsimbiss bringen Sie bitte eine Mund-Nasen-Maske mit.

Wir gratulieren

In den 90ern

Angelika Hänel-Holler 31.08. (94 Jahre)
Gundel Kilian 03.09. (92 Jahre)

In den 80ern

Ursula Allgeier 25.09. (89 Jahre)
Roland Hellmann 03.07. (89 Jahre)
Otto Kuhn 18.08. (89 Jahre)
Gerd Schneider 17.09. (87 Jahre)
Norwin Dwinger 07.07. (86 Jahre)
Heinz Neidel 06.07. (85 Jahre)
Richard Reichenbach 29.07. (84 Jahre)
Hannelore Schmäzle 24.09. (82 Jahre)
Bernd S. Winckler 04.07. (82 Jahre)
Bernhard Ballhaus 14.08. (81 Jahre)
Uwe Jacobi 07.09. (81 Jahre)

80 Jahre

Wolf-Dieter Ebersbach 25.08.
Klaus Fischer 19.08.
Ulrich Peter Nawrocki 21.09.
Yoern Pugmeister 20.09.
Klaus Schneidewind 26.08.
Elke Utgenannt 09.08.
Wilfried Wadsack 17.07.

75 Jahre

Gisela Böhnke-Grupp 17.07.
Heinz W. Ruess 26.09.

70 Jahre

Wolfgang Bager 04.08.
Helmut Engisch 25.08.
Detlev Gawron 28.07.
Klaus-Dieter Kirschner 25.09.
Albrecht Schnee 26.09.
Barbara Spengler-Axiopoulos 04.07.
Barbara Wantzen 14.09.

65 Jahre

Jürgen Barth 08.09.
Winfried Bartsch 24.07.
Helmut Claus 16.09.
Dagmar Freifrau von Cramm 12.07.
Gustav Döttling 16.08.
Franz Domgörgen 03.09.
Martin Ebel 21.07.
Eva Hauser 01.08.
Claus-Peter Hutter 18.09.
Ralf Küpper 12.09.
Olaf Michel 28.08.
Peter Weidenhammer 16.09.
Kurt Wesselsky 05.09.
Gerhard Winkler 28.09.

60 Jahre

Sabine Braun 05.07.
Norbert Burkert 09.09.
Ulrich Coenen 11.07.
Hans-Jürgen Collet 22.08.
Peter Engelhardt 21.08.
Klaus Finkenburg 11.08.
Michael Hertle 12.08.
Wolfgang Janisch 04.07.
Armin Käfer 13.09.
Hans-Dieter Kretz 15.07.
Ralf Krüger 12.09.
Manfred Kubiak 06.08.
Hannes Lauber 21.07.
Michael Matzer 17.07.
Stefan Maue 30.07.
Guido Sonnenberg 07.07.
Joachim Striebel 04.09.
Dagmar Stuhmann 31.07.
Uwe Tommasi 24.08.
Frank Vetter 20.09.
Birgit Wächter 20.09.
Hans-Dieter Weißbecher 14.07.
Heidrun Wulf-Frick 24.08.

Falls Sie keine Veröffentlichung in der Geburtstagsliste unseres Blickpunkts wünschen, bitten wir um schriftliche Mitteilung an den DJV Baden-Württemberg

Der DJV Baden-Württemberg trauert um:

Norbert Rößler
68 Jahre

Hans-Peter Leitenberger
72 Jahre

Ulrich Preussner
97 Jahre

IMPRESSUM



HERAUSGEBER:

Deutscher Journalisten-Verband,
Landesverband Baden-Württemberg e.V. (DJV),
Gewerkschaft der Journalistinnen und Journalisten (Landesvorstand)
V.i.S.d.P.: Dagmar Lange

REDAKTION:

Dagmar Lange, Dr. Susann Mathis, Rudi Doster
info@blickpunkt-bw.de

AUTOR*INNEN:

Gerd Bergmann, Emmi Dunz, Hans-Jürgen Emmerich, Geraldine Friedrich,
Dagmar Lange, Susann Mathis, Markus Pfalzgra, Reinhard Reck,
Silke Schneider-Flaig, Gregor Schwarz

GRAFIK / HERSTELLUNG:

Rudi Doster · rdesign56 Stuttgart

NÄCHSTE AUSGABE: 3/2020

Redaktionsschluss: 14. September 2020

DJV-Landesgeschäftsstelle:

Hausanschrift: Herdweg 63, 70174 Stuttgart

Postanschrift:

Postfach 15 01 24, 70075 Stuttgart
Telefon: 0711-222 49 54-0 · Fax: 0711-222 49 54-44
Internet: www.djv-bw.de · e-Mail: info@djv-bw.de

Änderung der Zustelladresse bitte direkt an die Geschäftsstelle
des DJV-Landesverbandes Baden-Württemberg.
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Der DJV-Blickpunkt erscheint vierteljährlich.

Einzelpreis: € 3,- · Abo-Preis jährlich: € 10,- · Auflage: 4.500

ANZEIGENVERWALTUNG:

Rudi Doster · rdesign56 · Tel. 0711-51875648 · rdesign56@gmx.de

AOK
Die Gesundheitskasse.

GESUNDNAH

Jetzt zur besten regionalen Krankenkasse wechseln.

FOCUS MONEY
BESTE
REGIONALE KRANKENKASSE
Ausgabe 07/2020
Preislisten prüfen! Kundenheim Mitglied

AOK Baden-Württemberg

Dialog mit Vertretern neuer Medientypen als Ziel

Neuer Vorsitzender im Kreisverband Esslingen-Göppingen



Der neue Kreisvorsitzende Hubert Romer (re.) zusammen mit der Landwsvorsitzenden und seinem Vorgänger Joachim Abel. Bild: Gabriele Kärcher

Nach sechs Jahren mit Joachim Abel an der Spitze wurde in der Mitgliederversammlung des Kreisverbands Esslingen-Göppingen am 30. Juni ein neuer Vorsitzender gewählt. Hubert Romer, Journalist und Geschäftsführer bei World-Skills Germany, bildet mit dem Stellvertreter-Trio Susanne Rytina, Gerd Bergmann und Joachim Abel den neuen Kreisvorstand.

Der scheidende Vorsitzende blickte bei der Versammlung Ende Juni unter dem Hundertwasser-Regenturm in Plochingen auf ein reiches Spektrum an Initiativen und Veranstaltungsangeboten des Kreisverbands zurück, die leider allzu oft nicht auf fruchtbaren Boden fielen. Positive Ausnahme war Anfang März der von Gabriele Kärcher angeregte Neckar-Fils-Medien-Dialog, der kurz vor der „Corona-Pause“ auf reges Interesse gestoßen war. Darauf will das neugewählte Team aufbauen.

Im Namen der aktiven Kolleginnen und Kollegen dankte Lothar Mahling für das „viele Herzblut“, mit dem Joachim Abel den Kreisverband immer wieder belebt hat und sich in die Arbeiten des Landesgesamtvorstands und des Landesfachausschusses Neue Technik/Online eingebracht hat. Respekt verdient habe

Achim auch deshalb, weil er sich als Freier Journalist trotz fortgeschrittener Lebensjahre mit einer kompletten zusätzlichen Ausbildung eine neue Berufsperspektive eröffnet hat. Diese mache es ihm allerdings unmöglich, das Amt des Vorsitzenden weiterzuführen.

Hubert Romer, Joachim Abel und Gerd Bergmann wurden zu Delegierten für den Landesgewerkschaftstag gewählt und weitere Mitglieder als Kandidaten

des Kreisverbands für die nächsten beiden Bundesverbandstage und für die Landesfachausschüsse nominiert.

Die Landesvorsitzende des DJV, Dagmar Lange, war bei der Kreisversammlung zu Gast und berichtete über Aktuelles aus dem Verband und der Medienszene im Südwesten – so etwa über die großen Sorgen der Freien und der Pauschalisten, über die unbestreitbare Strukturkrise der Verlage und über die Kurzarbeit in den Unternehmen. „Frustration und Resignation hängen wie Mehltau über den Leuten“, stellte Dagmar Lange fest.

Das neue Vorstandsteam möchte vor allem den Kontakt und den Austausch mit Kollegen aller Mediengattungen vertiefen. „Uns ist daran gelegen, voneinander und miteinander zu lernen, wie sich unsere journalistische Zukunft entwickelt und wie sie sich gestalten lässt“, sagte der neue Kreisvorsitzende Hubert Romer. „Wir wollen den Dialog deshalb nicht nur mit Journalistinnen und Journalisten der traditionellen Medien führen, sondern z.B. auch mit Bloggern und Vertretern anderer neuer Medientypen“.

Gerd Bergmann

Wissenschaft und Weichenstellung

KV Mannheim/Heidelberg packt aktuelle Themen an

Bei einer Mitgliederversammlung kurz vor dem Corona-Lockdown hat der DJV-Kreisverband Heidelberg-Mannheim die Weichen für den Verbandstag auf Landesebene gestellt. Bei der Zusammenkunft im „Dezernat 16“ in Heidelberg wählten die Mitglieder unter anderem die Delegierten und nominierten Kandidaten für die auf Landesebene anstehende Wahl der Fachausschüsse.

Delegierte sind Chris Menges, Jan Cerny, Hartmut Suckow, Hans-Jürgen Emmerich und Götz Müntermann. Als Ersatzkandidat*innen wurden Michael Tschugg und Annika Wind gewählt. Für mehrere Fachausschüsse nominierten die Mitglieder einstimmig folgende Kandidaten: Hans-Jürgen Emmerich (Betriebsratsarbeit), René Priebe (Bildjournalisten), Michael Tschugg (Bildung), Sonja Klein (Freie), Sonja Klein und Anna Noncarong (Junge), Chris Menges, Anna Suckow (neue Technik, online), Michael Tschugg, Hartmut Suckow (Presse und Öffentlichkeitsarbeit), Katharina Raquet-Zabel (Rundfunk), Chris Menges (Tageszeitungen).

DJV-Landesvorsitzende Dagmar Lange verwies bereits zu diesem Zeitpunkt vorausschauend auf die Folgen der Corona-Pandemie. Sie sprach von enormen Auswirkungen, die für Freie existenziell sein könnten. „Die Tarifverhandlungen werden sicher nicht einfacher als 2018“, sagte sie zu den bevorstehenden Gesprächen mit den Verlegern. Dass es drei Monate später zu einem Corona-Tarifvertrag kommen würde, konnte sie zu diesem Zeitpunkt noch nicht ahnen. Als erfreulich bezeichnete sie es, dass sich zwei junge Mitglieder um den Vorsitz im Landesverband bewerben. Lange stellt sich nicht wieder zur Wahl. Ursprünglich sollten die Kandidaten zu einer Kreisversammlung eingeladen werden, um sich vorzustellen. Weil das wegen Corona problematisch ist, plant der Kreisverband nun Video-Konferenzen mit den Bewerbern.

Im zweiten, fachlichen Teil der Veranstaltung diskutierten die Mitglieder über Veränderungen in



Dr. Johannes Schnurr (l.) und Prof. Dr. Alexander Mäder (r.) waren im März zu Gast beim DJV-Kreisverband Heidelberg/Mannheim.
Bild: Hans-Jürgen Emmerich

der Wissenschaftskommunikation und was das für Auswirkungen auf Journalistinnen und Journalisten hat. Was bedeuten Fake News, Verschwörungstheorien und "Alternative Fakten" für Wissenschaftler, Forschungseinrichtungen, Universitäten oder Stiftungen? Wie wollen und müssen sie darauf reagieren? Welchen Stellenwert haben Medien und wir Journalistinnen und Journalisten dabei noch? Dazu bezogen Dr. Johannes Schnurr (Pressesprecher der Daimler und Benz Stiftung) und Prof. Dr. Alexander Mäder (Professor für digitalen Nachrichtenjournalismus an der Hochschule der Medien in Stuttgart) Stellung. Sie haben gemeinsam den Band "Wissenschaft und Gesellschaft: Ein vertrauensvoller Dialog" herausgegeben.



Das E-Book zum kostenlosen
Download gibt es unter:

www.springer.com/de/book/9783662594650

Hans-Jürgen Emmerich

Grundsätzlich und Gelassen

Wie wir mit der AfD und anderen Extremen umgehen können

Von Markus Pfalzgraf

In der vorigen Ausgabe des Blickpunkt haben wir das Verhältnis zu und den Umgang mit der AfD und anderen Extremen zu uns Medienschaffenden beschrieben. In dieser Ausgabe wollen wir uns den Lehren und Strategien im Umgang mit denjenigen widmen, die uns am liebsten abschaffen würden.

Nicht über jedes Stöckchen springen, das man uns hinhält – das klingt so einfach, ist es aber nicht. Wie können wir damit im journalistischen Alltag umgehen, der eigentlich schon gar kein Alltag mehr ist? In Zeiten, in denen manchmal der Eindruck entstehen könnte, dass ein Hauch von Weimar durch die Straßen weht? Zeiten zumal, in denen der Journalismus – nicht erst seit der Viruskrise – vor digitalen und wirtschaftlichen Herausforderungen steht und um dessen Akzeptanz es nicht besonders gut bestellt ist. Woran Populisten und Extreme, die ein Problem mit Pressefreiheit haben, sicher einen Anteil haben.



Gewichtung

Wir sollten – und das tun viele Redaktionen – immer wieder neu diskutieren, wie wir mit Ereignissen und Provokationen umgehen. Das muss leider sein: Es gibt keine Schablone, die wir einmal entwerfen und öfter anwenden können, jedenfalls nicht bei einer so unberechenbaren Partei wie der AfD. Aber je öfter wir ehrlich miteinander ringen, umso sicherer werden wir wieder in dem, was auch sonst eine unserer Kernaufgaben und Stärken sein sollte: Gewichten, Abwägen: Ist das eine Nachricht? Ist das wirklich eine Nachricht? Wie umfangreich sollen wir über einen Vorfall berichten, und in welchem Umfeld, in welcher Einbettung? Brauchen wir mehr Kontext, Einordnung, Vorgeschichte? Gerade die AfD beschert uns in der Berichterstattung viele Dinge, die zum ersten Mal passieren: Ein Eklat im Landtag, Polizei im Parlament, sprachliche Entgleisungen, Demos und Krawall. Wir sollten nicht „über jedes Stöckchen springen“, das sagt sich so leicht. In der Praxis kann das heißen: Auch einmal nicht berichten. Eine Entscheidung, die gerade nach investierter Recherchezeit schwerfällt. Aber die Glaubwürdigkeit einer Redaktion, einer Sendung, einer Zeitung steigt, wenn

Leserinnen, Zuhörende oder Zuschauer nicht das Gefühl bekommen, dass Reflexe bedient werden – oder schlimmer noch, dass aus Sensationsgier berichtet wird. Ein Mittelweg kann auch das pflichtschuldige Abhandeln in einer kleineren Berichterstattung sein, wenn unsere journalistischen Kriterien das zulassen. Positiver Nebeneffekt: Wir machen dann nicht bei der Ego-Show geltungssüchtiger Selbstinszenierer mit. Beispiel: Ein fraktionsloser Landtagsabgeordneter tobte auf Twitter, als er einmal als das bezeichnet wurde, was er ist: ein fraktionsloser Landtagsabgeordneter, der einen Eklat provoziert hatte. Nicht mehr. Kein Name, kein Sezieren der Situation, sondern eine nüchterne knappe Meldung, die der Vorfall verdient hatte.

Genauere Einordnung



Wir dürfen dabei nicht den Fehler machen, zu glauben, dass Äußerungen, die wir schier unglaublich oder abgedreht finden, ihre Urheber*innen schon selbst „entlarven“ werden, wenn wir sie nur möglichst lang und breit wiedergeben. Damit würden wir uns daran beteiligen, dass die Grenze des Sagbaren immer weiter verschoben wird. Das heißt in der Praxis: Wir sollten Zitate nicht für sich stehen lassen. Auch bei den Demonstrationen gegen die Einschränkungen in der ersten Corona-Zeit war es ein falsches Verständnis von Neutralität und Offenheit, die Motivation der Protestierenden abzufragen und ungefiltert zu transportieren. So tragen wir dazu bei, dass Unwahrheiten verbreitet werden und teils menschenverachtende Aussagen als Meinungsfreiheit durchgehen. Bitte nicht falsch verstehen: Es geht nicht darum, Meinungen auszuschließen. Es geht nur darum, zu markieren, wo Meinung aufhört, und wo Hetze und Desinformation beginnen. Das aufzuzeigen und einzuschätzen ist unser Job.



Grundsatzdiskussionen führen

Lasst uns wieder mehr über journalistische Standards streiten. Denn die brauchen wir mehr denn je! Gerade im Umgang mit einem kampagnenfähigen rechten Rand, der nicht nur aus einem „Newsroom“ in Berlin die sozialen Medien flutet, sondern auch außerhalb des



Demonstrant beim Protest gegen die Corona-Maßnahmen am 16. Mai auf dem Cannstatter Wasen in Stuttgart. Reporter*innen bekamen oft Ablehnung zu spüren, auch auf Shirts und Plakaten.

Fotos: Markus Pfalzgraf

organisierten Rechtspopulismus und -extremismus Bots, Fake-Profile, aber auch echte dafür anfällige Menschen auf unliebsame Journalist*innen hetzt. Klar, der Nachrichtenjournalismus verlangt schnelle Einordnung gerade bei aufsehenerregenden Ereignissen. Aber auch und gerade in einer Eilmeldungs-Situation können und sollten wir den Schritt zurück machen. Ein Fehler war die Entscheidung: „Keine Zeit für Grundsatzdiskussionen“, wie es beispielsweise in einer Redaktion nach mutmaßlich rechtsextremen Anschlägen hieß, als beinahe im Affekt auch über das Geraune von Reichsbürgern berichtet wurde, das sich als Falschinformation herausstellte. Nein! Hier gilt erst recht, was sowieso gelten sollte: Im Zweifel abwarten, bis gesicherte Informationen vorliegen. Wann, wenn nicht in einer solchen Situation, sollten wir uns noch einmal unserer Grundsätze bewusst werden?

Gnadenlose Recherche

Wer über unschöne Dinge und Phänomene berichtet, kann sich darauf einstellen, dass es auch ungemütlich werden kann. Oder anders gesagt: Wer im braunen Sumpf rührt, muss damit rechnen, sich die Hände schmutzig zu machen. Davor sollten wir keine Angst haben. Erstaunlicherweise können die extremsten „Überzeugungstäterinnen“ die aufrechtsten Zitategeberinnen sein, die sich dann auch meist richtig wiedergeben fühlen, selbst wenn ihnen die Einordnung nicht passt. Denn wenn sie sich unbeschwert extremistisch vorm Mikrofon äußern, ist das durchaus brauchbar, kann aber umso weniger für sich stehen bleiben.



Geradlinigkeit beibehalten

Wir wollen keinen Millimeter zurückweichen, wenn es um unsere journalistischen Prinzipien geht. Auch wenn es unbequem wird. Rechts ist Rechts, und Pressefreiheit ist Pressefreiheit. Wenn wir schon darüber nachdenken, wie wir berichten können, um möglichst wenig Schereien mit denen zu haben, die uns ohnehin verachten, dann ist es schon zu spät. Selbst wenn sie mit Rechtsstreitigkeiten kommen, sollten wir davon nicht unsere Berichterstattung beeinflussen lassen. Ja, sie wollen uns fertig machen, oder es uns zumindest nicht leicht machen. Das dürfen wir nicht zulassen.

Gelassenheit

Das soll aber kein Aufruf zum Alarmismus sein, im Gegenteil: Auch bei Anfeindungen können wir gelassen bleiben. Selbst wenn sie uns richtig nerven, in sozialen Medien belästigen, Briefe an Vorgesetzte schreiben, Gremien damit beschäftigen oder uns gar vor Gericht zerren: Wir sollten auch vor Kanzleien mit großen Namen nicht zurückschrecken, in unseren Rechtsstaat vertrauen, und entspannt bleiben. Oft suchen sie nur nach Schwachpunkten, die nicht einmal inhaltlich relevant sein müssen. Und wenn wir dann gewonnen haben, müssen wir den Sieg etwa vor Gericht ja nicht so ausschlagen, wie die AfD es tun würde. Das Wissen, dass wir mit klarem Kompass richtig liegen, kann viel wertvoller sein als Triumphgeheul. Das kann natürlich zäh sein und Zeit kosten. Die müssen wir erst einmal haben – oder vorher einkalkulieren.



Demonstration in Stuttgart gegen die AfD am 24. Mai, die wiederum auf einem Platz ein paar Straßen weiter gegen die Corona-bedingten Einschränkungen demonstrierte.

Gegenoffensive

Die größten Beschwerdeführer, die heftigsten Journalistinnen können plötzlich ganz umgänglich sein, wenn man ihnen gegenübersteht. Auch sonst gilt ja: Auf Facebook oder in der wütenden Pressemitteilung wird schnell mal einer rausgehauen. Davon bleibt im direkten Gespräch oft nicht viel übrig. Im echten sozialen Raum gelten selbst für die größten Tabubrecher eben doch gewisse Anstandsregeln. Und was bei renitenten Leuten mit Leserbriefen oder Beschwerdemails erstaunlich hilfreich ist: Einfach mal anrufen. Dass sich überhaupt jemand von den Medien meldet, kann schon Wunder wirken. Die Gespräche können dann natürlich alles zwischen nett und furchtbar sein. Aber wenn die Personen mit Klarnamen, Adresse und Telefonnummer möglicherweise auch noch vorformulierte Massenmails schicken, steckt eben inhaltlich auch nicht viel dahinter.

ten durch die AfD vor Parteitag, indem bei der Akkreditierung unnötig viele Angaben abgefragt werden. Ungut, wenn diese Partei eine Liste mit Geburtsdaten und Adressen „unliebsamer“ Journalistinnen führen könnte. Bislang hat Berichterstattung auch mit anderen oder weniger Daten geklappt. Ähnliches gilt für die Demonstrationen gegen die Corona-Bedingungen: Hier wollte der Organisator nur mit denjenigen sprechen, die zuvor ein mehrseitiges Formular unterschrieben hatten, mit dem sie sich zur wahrheitsgemäßen Berichterstattung verpflichten. Das haben wir selbstverständlich nicht ausgefüllt – und trotzdem berichtet. Ein seltsames Verständnis von Pressefreiheit, wenn die daraus bestehen soll, so zu berichten, wie bestimmte Leute es gerne hätten. Natürlich sollten möglichst vielfältige Meinungen abgebildet werden, aber die Form, den Anlass und die Art und Weise einzufordern, in der das zu geschehen hat – das ist schon anmaßend. Denn dazu gibt es ja zum Glück immer noch uns und den Journalismus.

Genau hinschauen: Vorsicht mit persönlichen Daten

Vielleicht gibt es ja die Möglichkeit, von einer Funktions-Mailadresse in der Redaktion zu antworten, damit wir nicht in der Folge noch mehr Post an unsere persönlichen Adressen bekommen. Oder mit unterdrückter Rufnummer anzurufen. Grundsätzlich nicht antworten ist jedenfalls keine Lösung. Wir müssen mit den Menschen, die uns lesen, hören oder sehen, kommunizieren. Auch wenn sie uns am liebsten abschaffen würden. Was wir außerdem erleben: Datensammlung bei Medienleu-

Markus Pfalzgraf berichtet über Landespolitik für den SWR. Dabei beschäftigt ihn immer wieder die AfD, die er seit ihrer Gründung beobachtet. Im Umgang mit Extremen hilft natürlich auch Humor: Als der Reporter zu Beginn der Krise maskiert vor den Fraktionsräumen der AfD Stimmen einholte, rief ihm eine radikalere Abgeordnete lachend zu: „Sie sehen ja aus wie ein Linksextremist!“ Die schlagfertige und naheliegende Antwort fiel ihm leider in dem Moment nicht ein, sie hätte lauten können: „Und Sie sehen aus wie eine Rechtsextremistin.“

+ HEILBRONNER STIMME +

Christine Tantschinez wird Leiterin der Online-Redaktion der Heilbronner Stimme und zudem stv. Chefredakteurin. Sie war die letzten drei Jahre stv. Chefredakteurin und Leiterin der Online-Redaktion beim Zeitungsverlag Waiblingen. Das Portal Stimme.de sowie alle anderen digitalen, redaktionellen Angebote werden derzeit weiterentwickelt und neu aufgestellt. Alle Redakteur:innen der Heilbronner Stimme arbeiten als Autoren gleichermaßen für Print und Online.

+ BNN +

Lars Geipel verstärkt die Chefredaktion der Badischen Neuesten Nachrichten. Geipel war bislang Führungskraft der Mitteldeutschen Zeitung. Das badische Zeitungshaus hat sich nach eigenen Worten in den vergangenen vier Jahren nicht nur stark modernisiert, sondern auch das Personal in der Redaktion deutlich aufgestockt, um über alle Kanäle hinweg mehr Qualität anzubieten.

+ SWR +

Franziska Roth leitet ab Juli die Intendanz in Stuttgart. Sie führt derzeit die Online-Redaktion für Wirtschaft und Umwelt und folgt auf Thomas Dauser, der nun die neugegründete Einheit Innovationsmanagement und Digitale Transformation leitet.

+ SWR +

Das neue Innovationslabor des SWR soll von Baden-Baden aus die Redaktionen mit Hochschulen und Startups vernetzen. Vanessa Wormer leitet die neue Einheit. Sie kommt von der "Süddeutschen Zeitung", wo sie zuletzt das Datenjournalismus-Team führte.

+ LFK +

aufgrund wegbrechender Werbeeinnahmen wird die Refinanzierung regionaler Rundfunkangebote zunehmend schwieriger. Um dem entgegenzuwirken, stärkt die LFK sieben private Lokalsender aus Baden-Württemberg durch die Förderung von aktuellen und regionalen Inhalten aus den Themengebieten Politik, Kultur, Wirtschaft und Soziales. Hierzu stehen bis Ende des Jahres 2021 insgesamt 8,4 Millionen Euro an Fördermitteln des Landes zur Verfügung.

+ WELT +

Ein Welt-Kamerateam ist im Juni in Stuttgart während einer Live-Schalte attackiert worden. Ein Mann hat mehrfach auf das Kamera-Stativ eingetreten und wurde von der Polizei festgenommen. Das TV-Team hatte den Angreifer zuvor nicht gezielt gefilmt - anders als der Mann als Motiv angibt. Welt hat Anzeige erstattet.

+ RADIO REGENBOGEN +

Klaus Schunk ist Ende Juni als Geschäftsführer von Radio Regenbogen ausgeschieden. Nachfolger werden Manuela Bleifuß und Gregor Spachmann. Bleifuß verantwortet Programm und Marketing, Spachmann ist für den kaufmännischen Bereich zuständig.

+ SCHWÄBISCH MEDIA +

Zum 1. Oktober 2020 wechselt Prof. Dr. Tobias Krohn von der DHBW Ravensburg zu Bei Schwäbisch Media und wird dort Mitglied der Geschäftsführung. Seine Aufgabe wird es sein, die Digitalisierung der Geschäftsfelder voranzutreiben.

+ STZ / STN +

Gemeinsam mit dem Stadtarchiv der Landeshauptstadt lässt die Zeitung die Stadt vor den Bombenangriffen wiederauferstehen. Grundlage des Projekts bilden 12.000 bislang unveröffentlichte Fotos, die 1942 im Auftrag der Stadtverwaltung erstellt wurden. Ein interdisziplinäres Team hat mithilfe eines eigens programmierten Algorithmus die Bilder vollständig erfasst. „In die Entwicklung dieser für Stuttgart einzigartigen Suchfunktion sind viel Zeit und Engagement geflossen. Daher ist sie unseren digitalen Abonnentinnen und Abonnenten vorbehalten und soll einen weiteren Anreiz für ein digitales Abo schaffen“, sagt Swantje Dake, Chefredakteurin Digital. <https://www.stuttgarter-zeitung.de/stuttgart-1942>

+ STUTTGARTER ZEITUNG +

Stuttgarter Zeitung startete im Mai trotz Krise ein Auto-Luxusmagazin. "Drive" liegt der Zeitung mit 120.000 Auflage bei, eine zweite Ausgabe soll im Oktober kommen. Der Verlag konnte trotz Krise 21 Anzeigen-Seiten verkaufen.

Presse-Versorgung mit Spitzenwerten

Viele Neuabschlüsse – Nettoverzinsung von 4,1%

Das Versorgungswerk der Presse (VdP) blickte bei der Jahreshauptversammlung im Juni – erstmals als Video-Konferenz – auf ein erfolgreiches Jahr 2019 zurück. Die Beitragseinnahmen lagen mit 334,7 Mio. Euro um 7,1 Mio. Euro über dem Vorjahr. 6.640 Neuabschlüsse wurden getätigt, das entspricht einem Anstieg um rund 36% gegenüber 2018.

Ein kontinuierliches Wachstum verzeichneten auch die VdP-Kapitalanlagen. Die Buchwerte erhöhten sich im Jahresverlauf um 2,9% auf 6,72 Mrd. Euro, der Marktwert lag sogar bei 8,7 Mrd. Euro. Die Gelder seien „sicher, attraktiv und breit gestreut in mehr als 50 Anlageklassen in verschiedenen Ländern, Regionen und Währungen angelegt“. Durch die breite Mischung könnten Kursschwankungen einzelner Bereiche ausgeglichen und attraktive Renditen für die Kunden erwirtschaftet werden, so VdP-Geschäftsführer Manfred Hoffmann. Die Nettoverzinsung betrug 4,1% (2018: 3,8%). Insgesamt sieht sich das VdP in einer „ausgezeichneten Ausgangsposition“ für eine anhaltend hohe Überschussbeteiligung, die bei der Produktvariante „Perspektive“ im laufenden Jahr bei 3,7% liegt. „Vor allem in Anbetracht der Negativzinsen an den Finanzmärkten ist das ein Wert mit Alleinstellungscharakter“, betont Heinrich Meyer, Vorsitzender des VdP-Verwaltungsrats und des Beirats der Versorgungskasse.

Bei der Hauptversammlung wurde auch eine Erweiterung des versicherbaren Personenkreises beschlossen. Der Grund: Durch die fortschreitende Digitalisierung haben sich neue Berufsbilder ergeben. Daher will man sich auch für Wirtschaftsbereiche wie Produktionsfirmen für Hörfunk und Fernsehen, Blogger, Podcaster, YouTuber, Multimedia Producer, Crossmedia Developer und Medieninformatiker samt deren Auszubildende und Studierende öffnen, um nur einige der neuen versicherbaren Berufe zu nennen. Voraussetzung soll aber die „publizistische Prägung“ des versicherbaren Personenkreises bleiben. Wie sich die Corona-Pandemie auf die Zinslandschaft auswirken wird, ist laut Manfred Hoffmann „bislang schwer einschätzbar“. Angesichts von Negativzinsen für Bankkunden würde die Wertschätzung für Garantien bei der Altersvorsorge weiter zunehmen. Das Presseversorgungswerk bietet seinen Kunden, die aufgrund der Pandemie finanzielle Probleme haben, eine zinslose Stundung der fälligen Beiträge bei unverändertem Versicherungsschutz für bis zu sechs Monate zinslos an.

Der DJV Landesverband Baden-Württemberg gehört wie die meisten anderen DJV Landesverbände, ver.di, der Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger (BDZV) mit seinen Landesverbänden sowie der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) zum Gesellschafterkreis des Versorgungswerks der Presse. Die VdP-Geschäftsstelle hat ihren Sitz in Stuttgart. **Dagmar Lange**



Farben.Pracht.



Produkt.Vielfalt.



Glanz.Leistungen.

**henkel
druckt.**

Henkel ist **Ihre** Druckerei in Stuttgarts Norden.
Mit innovativen Technologien rund um den Bogenoffset.
Und persönlichem Service drumherum.

Henkel GmbH
Druckerei
Tel. 07 11.9 87 67 00

www.henkeldruck.de

System Polizei

Der Kommissar und der Amoklauf von Winnenden

Der Amoklauf von Winnenden und Wendlingen begann am Vormittag des 11. März 2009 in einer Schule in Winnenden und endete nach mehrstündiger Flucht des Täters in Wendlingen am Neckar. Der 17-jährige Tim Kretschmer tötete 15 Menschen und zuletzt sich selbst. Viele Details über den Amoklauf und seine Opfer lassen sich inzwischen leicht nachrecherchieren. Fast nichts jedoch erfährt man über die Belastung der an den Tatornten eingesetzten Polizist*innen. Das ändert die Fernsehjournalistin Caroline Wenzel, die sich gemeinsam mit dem Polizisten Ernst Kappel auf Spurensuche begeben hat. Herausgekommen ist dabei eine bedrückende Geschichte über Polizist*innen, die mit ihren Traumata und Ängsten allein gelassen werden.

Ernst Kappel war einer der ersten am Tatort. Die Bilder hat er nie vergessen. Im Vorwort schreibt er: „Ich möchte mit diesem Buch Menschen den Mut machen, sich ihrem Trauma oder einer schweren Krankheit zu stellen und ihnen aufzeigen, dass es sich lohnt, für die Anerkennung seiner Rechte zu kämpfen. Das ist meine Geschichte.“ Das Buch beginnt mit Tathergang und einer kurzen Einsatzbeschreibung und beschreibt das Ende von Kappels Einsatztag mit der Arbeit im Akkord bei der Leichensachbearbeitung in der Rechtsmedizin. Kappel ist, wie er selber sagt, „Vollblutbulle“, Angst war immer ein Fremdwort für ihn, er war Leistungssportler, wurde von den Kollegen gern in gefährlichen Situationen geholt. Über 100 Leichen hat er in 30 Jahren gesehen, doch diese sind anders. Die toten Kinder in den Leichensäcken werden ihn nie mehr verlassen. Nach und nach wird ihm bewusst, dass der Einsatz Nachwirkungen hat, die nicht mehr verschwinden. Er kann sich den Erinnerungen nicht entziehen, hat Probleme, die Routinearbeit zu bewältigen und schämt sich gleichzeitig. Schließlich wendet er sich an den Polizeipsychologen. Doch über Jahre hinweg wird er mit seinen Problemen alleingelassen. Bei der Polizei existiert nicht das nötige Fachwissen für den Umgang mit Traumata oder anderen schweren psychischen Erkrankungen. Wiederholt hört er: „Sie sind Polizist. Wenn Sie keine Leichen sehen können, haben sie ihren Beruf verfehlt.“ Für Kappel bedeutet das: Albträume, Angst, immer wieder Arbeitsunfähigkeit.

Knapp, aber eindrücklich schildert er die vergeblichen und oft auch fehlgerichteten Maßnahmen wie etwa die neun Wochen in einer psychosomatischen Klinik, wo er in der Gruppe nicht über seine Probleme reden durfte,

um die anderen nicht zu „traumatisieren“. Zurück in der Dienststelle wird er falsch eingesetzt und überfordert. Endlich fällt der Begriff Posttraumatische Belastungsstörung, PTBS. Er nimmt ihn erleichtert wahr: „Wie oft hatte ich seit dem Amoklauf an mir selbst gezweifelt, gedacht, ich sei verrückt und bilde mir vielleicht alles nur ein. Ich hatte mir Vorwürfe gemacht, dass ich solche Symptome habe. Nun war mir wenigstens klar, woher es kam. Doch auf Verständnis stieß ich nicht.“

Als er an die Öffentlichkeit geht (ein Artikel im Spiegel), ist er „vom Simulanten und von der Extrawurst zum Störfaktor geworden.“ Über Jahre hinweg kämpft er auf der einen Seite mit den Krankheitssymptomen, auf der anderen Seite für die Anerkennung seiner Krankheit. Dazu kommen schwere Schmerzen in der linken Gesichtshälfte, eine klare Diagnose gibt es lange Zeit nicht, bis im September 2015 klar festgestellt wird, dass er einen Hirntumor hat.

Caroline Wenzel und Ernst Kappel haben sich 2013 in der Vorbereitung eines Fernsehbeitrags kennengelernt. Im zweiten Teil des Buches kommen in Expert*innen in Interviews zu Wort. Diese Gespräche zeigen auf, dass Kappels Schicksal kein Einzelfall ist. Das Buch schildert eindrücklich, mit welchen Widerständen von Traumatisierung Betroffene im „System Polizei“ zu kämpfen haben.

Caroline Wenzel, Ernst Kappel: System Polizei. Der Kommissar und der Amoklauf von Winnenden. Eine Spurensuche. 334 Seiten, Hardcover mit Lesebändchen, ISBN 978-3-7496-1019-8, 25 Euro

